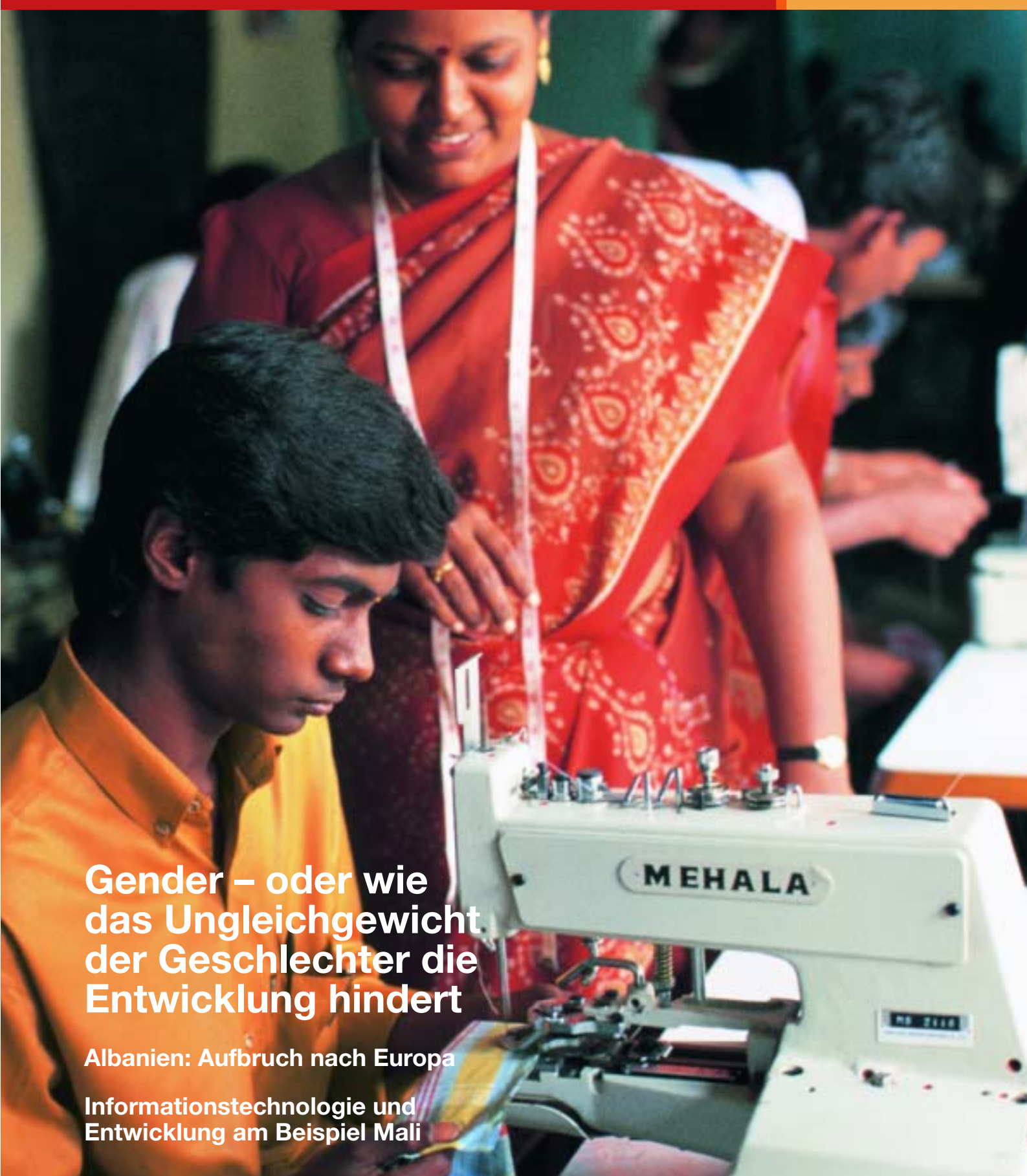


Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 2
JUNI 2003
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch



**Gender – oder wie
das Ungleichgewicht
der Geschlechter die
Entwicklung hindert**

Albanien: Aufbruch nach Europa

**Informationstechnologie und
Entwicklung am Beispiel Mali**

DOSSIER



GENDER

Mit mehr Gleichberechtigung zu weniger Armut

In den Ländern des Südens und des Ostens sind es vorwiegend die Frauen, die das Gewicht der Armut tragen. Nicht zuletzt wegen der Ungleichbehandlung der Geschlechter.

6

Nicht mit meiner Tochter

Die Beschneidungen junger Frauen ist ein frauenspezifisches Problem, welches nur durch gesellschaftlichen Wandel und ein Umdenken der Männer gelöst werden kann

12

«Es genügt nicht zuzugeben, dass Frauen zu den Ärmsten gehören»

Aster Zaoude, Hauptberaterin für Gender im UNO-Entwicklungsprogramm im Interview

14

Verbunden statt isoliert

Die DEZA unterstützt den Bau von Lokalstrassen und bekämpft damit die Isolation der ländlichen Bevölkerung Nepals

24

FORUM



Was bringt das Infomeer den Maliern?

Ein Blick und Lagebericht über den digitalen Graben

26

Eine zutiefst beunruhigende Idee

Die indische Journalistin Shoma Chaudhury über den Kampf ums Wasser in ihrer Heimat

29

HORIZONTE



ALBANIEN

Ein vergessenes Land blickt nach Europa

Jahrzehntelang das Armenhaus Europas, will Albanien raschmöglichst in Europa integriert werden

16

Nett, freundlich, hilfsbereit und mütterlich...

Eglantina Gjermeni aus Tirana über die Stellung der Frau in Albanien

20

DEZA

Die lange Reise zu 0,4 Prozent

DEZA-Direktor Walter Fust über die Höhe der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

21

Recht haben und Recht bekommen

Ein Rechtsberatungsdienst ermöglicht der kirgisischen Landbevölkerung Zugang zu ihrem Recht

22

KULTUR



Ich bin, weil du bist

Ein Essay über die faszinierende Wechselwirkung von Kultur und Entwicklung

30

Afrika am Genfersee

Afrikanisches Quartierleben am Paléo-Festival

32

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist...	
Globale menschliche Sicherheit?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Das Phänomen

Die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft ist international im Völkerrecht festgeschrieben. Einige Länder dieser Erde – darunter viele Entwicklungsländer, aber auch die Schweiz – verpflichten sich gar in ihrer nationalen Verfassung per Gesetz mit einem Gleichstellungsartikel, Frauen und Männer gleichwertig zu behandeln.

Und trotzdem: Ob im Süden oder Norden, ob Entwicklungsland oder Industrieland, ob Weltmacht oder Kleinstaat – die Ungleichstellung von Frau und Mann macht vor keiner Gesellschaft, keiner Kultur, keinem Entwicklungsstand und schon gar nicht vor Landesgrenzen halt. Das Phänomen grassiert weltweit. Aster Zaoude, Hauptberaterin für Gender-Fragen bei der UNO sagt klipp und klar: «Kein Land kann behaupten, eine perfekte Gleichstellung erreicht zu haben.» Auch in der Schweiz – das beweisen u.a. die regelmässigen Lohnklagen von Frauen aus verschiedensten Branchen – werden Frauen und Männer für die gleiche Arbeit auch heute noch ungleich bezahlt, die Macht – sei dies in der Wirtschaft oder der Politik – ist noch immer weitgehend in Männerhand, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Erstaunlich eigentlich, dass dem Thema Gender, welchem die Ungleichbehandlung der Geschlechter zugrunde liegt, erst in jüngster Zeit das nötige Gewicht beigemessen wird. Was beileibe noch nicht heisst, dass sich tatsächlich etwas ändert, denn die Mühlen der gesellschaftlichen und sozialen Strukturen mahlen zäh und langsam. Um nochmals die Äthiopierin Aster Zaoude zu zitieren: «Es genügt nicht zuzugeben, dass

die Frauen zu den Ärmsten gehören.» Lesen Sie das Dossier zu Gender ab Seite 6.

Wie umfassend und überall Gender ein Thema ist, beweist die Tatsache, dass das Dossier-Thema durchgehend in praktisch allen Rubriken des Hefts anzutreffen ist. Sei dies, dass in Burundi die geistige Elite (praktisch alles Männer) vor dem Bürgerkrieg flieht und sich das Bildungsvakuum, unter dem vor allem die Mädchen leiden, dadurch nochmals verschärft (Periskope Seite 4). Sei dies, dass in Albanien junge Frauen soweit gebracht werden, «dass sie die sexuelle Diskriminierung und sogar die geschlechterbezogenen Misshandlungen einfach hinnehmen» («Stimme aus Albanien» Seite 20). Sei dies, dass kirgisische Frauen vor Gericht um ihr eigenes Land kämpfen müssen (Seite 22) oder sich in Nepal, durch den starken Miteinbezug der Frauen in den Strassenbau, auch die Position der Nepalesinnen in der Gesellschaft stark verbessert hat (Seite 24).

Übrigens: Mit unserer 2002 neu formulierten Gender-Politik stellen wir sicher, dass «alle Aktivitäten der DEZA den Männern und Frauen die Möglichkeit geben, ihre Rechte auszuüben, und dass beide Geschlechter gleichberechtigt von der Entwicklung profitieren».

Harry Sivec

Chef Medien und Kommunikation DEZA

Erstaunlicher Reis

(gn) Indische Bauern haben im Lauf von Jahrhunderten Reissorten entwickelt, die fast zwei Meter in die Höhe wachsen. Diese alten Sorten können Überschwemmungen von zwölf bis 15 Tagen überstehen, während gewöhnlicher Reis bereits nach zwei bis drei Tagen im Hochwasser eingeht. Der überschwemmungsresistente Reis ist nur eine von rund 1500 traditionellen Sorten, welche die Nichtregierungsorganisation Navdanya in ihrem Saatgutregister aufgeführt hat. Seit fünfzehn Jahren arbeitet diese Organisation mit indischen Bauern zusammen, um die Biodiversität im Reisanbau zu erhalten; in dieser Zeit hat Navdanya in neun Bundesstaaten über 20 Saatgutbanken aufgebaut. Von besonderem Interesse sind Reissorten mit Eigenschaften, die ihnen ein Gedeihen auch unter erschwerten Bedingungen ermöglichen. So gibt es allein in Westbengalen 78 Reissorten, die dürreresistent sind, in Uttararnchal 54 Sorten, die unter extrem trockenen Bedingungen gedeihen, in Kerala gibt es deren 40 und sogar in Orissa, wo es immer wieder zu Hungersnöten kommt, gibt es traditionelles dürreresistentes Saatgut. In Westbengalen wurden zudem drei Reissorten gefunden, die in Böden, die bis zu 14 Prozent Salz enthalten, bestens reifen.



Axel Krause / laif



Robert Huber / Lookat

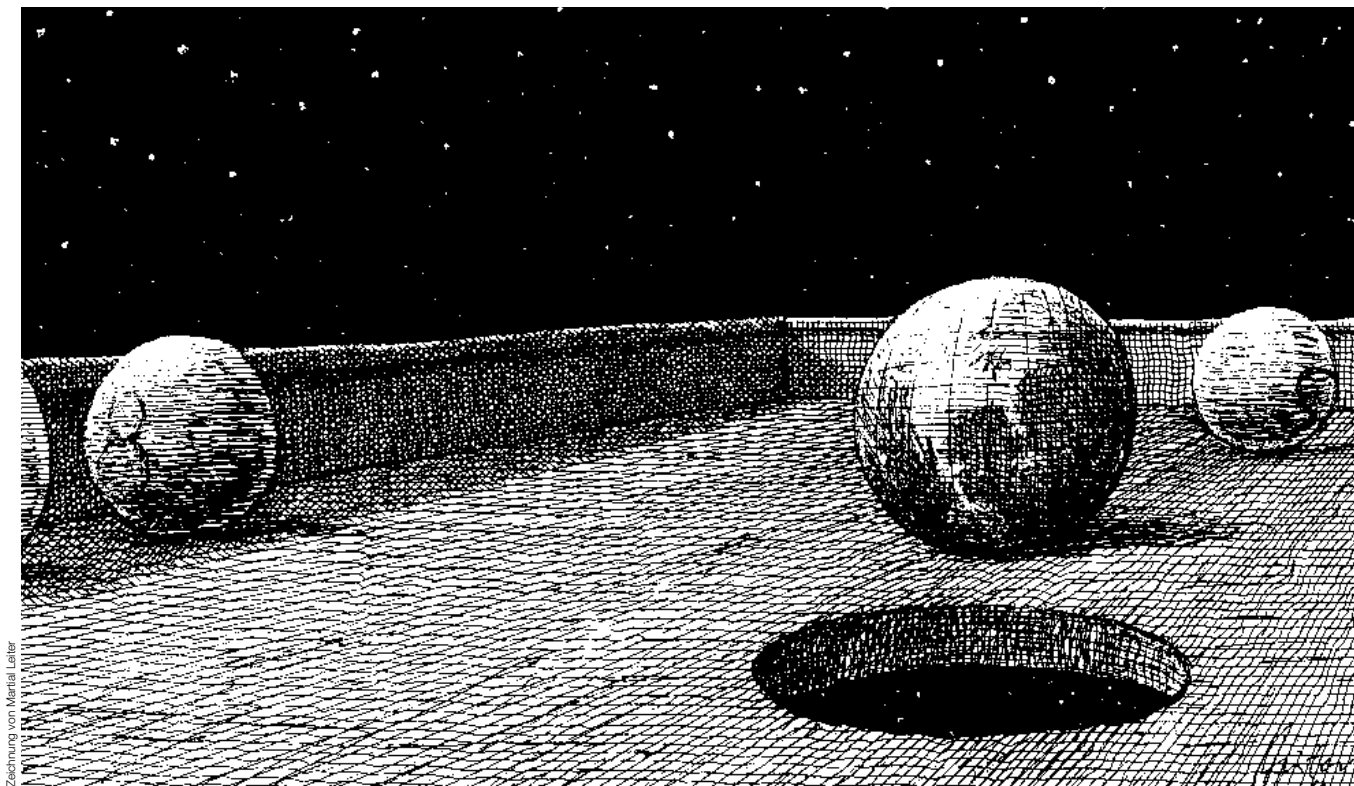
Verschwendete Ressourcen

(bf) Nicht nur die ungebremsste Bevölkerungsentwicklung in ärmeren Ländern, auch der Anstieg der Haushaltszahl ist für die Verschwendung von Ressourcen verantwortlich. Denn immer weniger Menschen leben in immer mehr Wohnungen und Häusern. Eine der Folgen: der Energiekonsum steigt. Das zeigen Forscher der Michigan State University. Die Menschen im Wolong Nature Reserve in China beispielsweise verheizten vermehrt Holz mit der Konsequenz, dass nicht nur die Waldfläche kleiner wurde, sondern mit ihr auch der Lebensraum des bedrohten Riesenpandas. China ist nur eines von vielen Beispielen. Denn auch das fanden die Forscher heraus: Genau in den Ländern, wo viele gefährdete Pflanzen- und Tierarten leben, nimmt die Zahl der Haushalte rapide zu. Forscher prognostizieren aufgrund einer in 76 Ländern durchgeführten Untersuchung, dass allein in Italien, Portugal, Spanien und Griechenland in den nächsten dreizehn Jahren

4000000 bis 1,4 Millionen zusätzliche Haushalte entstehen werden.

Verschmähte Diaspora

(jls) Zahlreiche Intellektuelle und hoch qualifizierte Fachleute, die vor dem seit zehn Jahren wütenden Bürgerkrieg in Burundi geflohen sind, haben sich in westlichen Ländern niedergelassen. Dieser Wissens-Exodus destabilisiert viele Sektoren, insbesondere das Schulwesen. Laut Didace Nimpagaritse, Rektor der Universität von Burundi, haben einige Fakultäten bereits 40 Prozent ihrer Lehrkräfte verloren. Um die Lücke zu schliessen, stellt das Erziehungsministerium Gastprofessoren und -professorinnen an. Ferner setzt es seine Hoffnungen auf ein UNO-Entwicklungsprogramm, das Ausgewanderte einlädt, kurzfristige Missionen in ihrem Heimatland zu übernehmen, um zur Ausbildung neuer Kaderleute beizutragen. Doch fanden die Appelle in der Diaspora bisher wenig Gehör. Letztes Jahr waren gerade zwanzig der Angefragten



Zeichnung von Martial Leijer

Schwarzes Loch

bereit, ihre Fähigkeiten vorübergehend in den Dienst ihre Heimat zu stellen.

Erfolgreiche «Belle de Guinée»

(jls) In Guinea wurde die Produktion von einheimischen Kartoffeln lange stark von ihren europäischen, vor allem holländischen Verwandten konkurrenziert, die auf den lokalen Märkten zu tieferen Preisen verkauft wurden. Von 1991 bis 1998 besetzten

die Bauern von Fouta Djallon (Zentralguinea) deshalb jedes Jahr zwischen Februar und Juni, der Zeit der Vermarktung der lokalen «Belle de Guinée», den Regierungssitz, um den Kartoffel-Import zu behindern. Heute haben die Produzenten den Protektionismus des Staates nicht mehr nötig. Dank Ausbildung und technischer Hilfe lernten sie, die Produktions- und Konservierungsmethoden zu

verbessern und den Einsatz chemischer Mittel so weit wie möglich zu verringern. In vier Jahren stiegen ihre Erträge um das Sechsfache. Ausserdem wurde eine Vermarktungskette aufgebaut. Heute ziehen die Konsumenten die inländische Kartoffel der Rivalin aus dem Norden vor.

Jagende Schakale

(jls) In den Neunzigerjahren war das Berggebiet Tabelot im Niger Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen Tuareg-Rebellen und Regierungsarmee. Heute wird das Gebiet von Tausenden von Schakalen heimgesucht. Insbesondere weil sie während der Rebellion nicht gejagt wurden, haben sie sich stark vermehrt. Seit kurzem begnügen sich die Raubtiere nicht mehr mit herkömmlicher Beute wie Hasen, Eichhörnchen oder Gazellen. Jetzt dezimieren sie auch Schaf- und Ziegenherden, die entweder frei herumwandern

oder oft von Mädchen gehütet werden, die keine zehn Jahre alt sind. Letztes Jahr nun legten die Viehzüchter von Tabelot mit Strychnin versetzte Köder aus, denen über 600 Schakale zum Opfer fielen. Doch Nigers Regierung ist gegen solche Operationen, mit der Begründung, dass die Jagd auf Wildtiere durch das Gesetz geregelt und der Gebrauch von hochgradigen Giften gefährlich sei: Die verwesenden Kadaver können das Wasser, die Pflanzen oder die ganze Nahrungsmittelkette verseuchen. Das Strychnin wiederum kann auch nützliche Raubvögel wie Raben oder Aasgeier töten.



Zahar Ahmed / DEZA

Mit mehr Gleichberechtigung



Indien

Trotz der Fortschritte der letzten Jahre sind die Frauen in der ganzen Welt nach wie vor Opfer grosser Diskriminierung. In den Ländern des Südens und des Ostens sind es vorwiegend sie, die das Gewicht der Armut tragen. Die Entwicklungsorganisationen setzen sich für den Abbau der geschlechtsbedingten Ungleichheiten ein, weil diese die Entwicklung behindern. Von Jane-Lise Schneeberger.

zu weniger Armut



Marc Edwards / Still Pictures

In den Ländern des Südens, vor allem auf dem Land, stehen die Frauen beim ersten Licht auf und gehen spätabends zu Bett, ohne tagsüber auch nur einen Moment ausgeruht zu haben. Zum Wasserholen oder Holz sammeln nehmen sie lange Fussmärsche auf sich, sie kochen, kümmern sich um die Kinder, pflegen betagte Verwandte... Daneben bebauen einige neben dem eigenen Feld

noch diejenigen ihres Ehemanns, um die Familie zu ernähren. Andere versorgen das Kleinvieh oder arbeiten im informellen Sektor. Und schliesslich erledigen die meisten Frauen auch noch Arbeiten für das Gemeinwesen, beispielsweise wenn es um die gemeinsame Wassernutzung geht. Im wirtschaftlich gebeutelten Osteuropa sind es die Frauen, welche das Überleben der Familien sichern. In fast allen Ländern müssen Frauen mehr arbeiten als Männer. In Asien und Afrika ist die Diskrepanz am ausgeprägtesten: Hier sind die Arbeitswochen der Frauen um durchschnittlich 13 Stunden länger als jene der Männer.

Feminisierung der Armut

Die Frauen leisten einen beträchtlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dieser wird aber in den nationalen Buchhaltungen nicht aufgeführt, weil mindestens zwei Drittel ihrer Aktivitäten unbezahlt sind. Aber auch dem ‚sichtbaren‘ Teil der Frauenarbeit wird nicht sein wirklicher Wert beigemessen, denn Frauen verdienen für gleiche Arbeit weniger als Männer, und zwar in allen Ländern.

Von den 1,2 Milliarden Menschen, die heute in absoluter Armut leben, sind schätzungsweise 70 Prozent Frauen. Ausser der Unterbewertung ihrer Arbeit tragen auch andere Formen der Diskriminierung zu dieser Armut bei. Ihr Zugang zu den Ressourcen ist oft wegen sozialer oder kultureller Regeln eingeschränkt. So haben in vielen Ländern nur die Männer ein Recht auf Grundbesitz. Die Frauen können Boden weder kaufen noch erben. Bei einer Scheidung oder Verwitwung versinken sie im Elend. Da sie keinen Grundbesitz als Sicherheit besitzen, erhalten sie auch keine Bankkredite. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern besteht auch in vielen anderen Bereichen weiter. Obwohl seit 1960 bei der Grundschulung Fortschritte gemacht wurden, sind immer noch zwei Drittel der 880 Millionen Analphabeten Frauen. Doch könnte gerade der Zugang der Mädchen zur Ausbildung wichtige Auswirkungen auf die Entwicklung haben, wie Chrystel Ferret, Leiterin der Fachstelle Gender der DEZA ausführt: «Wenn die Mädchen mindestens drei bis vier Jahre die Primarschule besuchen können, wird ein Kreislauf in Gang gesetzt, der das Leben einer Gesellschaft verändern kann. Das ist erwiesen. Eine geschulte Frau ernährt ihre Kinder gesünder, lässt sie impfen, schickt sie zur Schule. Sie ist autonomer, wird eher respektiert. Sie entscheidet selbst über ihre Sexualität oder über die Geburtenregelung.»

Eine halbe Million Frauen sterben jedes Jahr während Schwangerschaft oder Geburt. Und Aids betrifft zunehmend Frauen, weil diese in den mei-

Untervertretene Koordinatorinnen

Die DEZA begnügt sich nicht damit, die Gleichstellung von Mann und Frau in den Partnerländern zu fördern. Sie will das Prinzip auch intern anwenden. Seit 1997 ist die gleichmässige Vertretung von Männern und Frauen eines ihrer grundlegenden Ziele. Ende 2002 war diese Parität mit 51 Prozent männlichen und 49 Prozent weiblichen Mitarbeitenden praktisch erreicht. Aufgeschlüsselt auf die Funktionen zeigt die Personalstatistik allerdings, dass Frauen im Kader noch untervertreten sind. In der Zentrale arbeiten in der Direktion 25 Prozent Frauen, und 15 Prozent sind Abteilungsleiterinnen. Im Feld ist das Koordinationswesen noch eine weitgehend männliche Bastion: Von 35 Kooperationsbüros werden nur 5 von einer Frau geleitet. «Auf struktureller Ebene wurden grosse Fortschritte erzielt, aber der Prozess der Bewusstwerdung braucht Zeit», kommentiert Elisabeth von Capeller, Delegierte für Chancengleichheit in der DEZA. «Die interne Kultur ist eher männlich geblieben. Wir dürfen nicht vergessen, dass die technische Zusammenarbeit am Anfang fast nur aus Männern bestand.»



Senegal

Hochdotierte Konferenz

Das Gender Mainstreaming, zu Deutsch ein Ansatz mit integrierter Gleichberechtigung, wird seit über zehn Jahren umgesetzt. Um Bilanz und Lehren aus den Erfahrungen auf nationaler und internationaler Ebene zu ziehen, organisiert die DEZA am Freitag, 20. Juni, in Bern eine Konferenz, an der auch Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) teilnimmt. Rednerinnen sind namentlich Carolyn Hannan Anderson, Leiterin der UNO-Abteilung für die Förderung der Frau, sowie Patricia Schulz, Leiterin des Eidgenössischen Büros zur Gleichstellung von Mann und Frau.

sten Gesellschaften nicht die Macht haben, sexuelle Beziehungen abzulehnen oder den Gebrauch eines Kondoms zu verlangen. Ausserdem sind besonders ärmere, wirtschaftlich von ihrem Mann abhängige Frauen Misshandlungen ausgesetzt. Zwar ist häusliche Gewalt auf der ganzen Welt ein Problem, in einigen Ländern aber kann sie bis zum «tolerierten» Mord führen: In Indien töten Männer noch immer ihre Frauen, wenn sie der Meinung sind, deren Mitgift sei zu tief gewesen. Und in vierzehn Ländern gibt es den «Ehrenmord» an Frauen, die des Ehebruchs oder des Ungehorsams verdächtigt werden. Die Liste der Gewalttaten ist lang. In ihrer «Erklärung über die Beseitigung der Gewalt an Frauen» nennt die UNO auch Vergewaltigung, sexuellen Missbrauch, Genitalverstümmelung, Frauenhandel, Zwang zur Prostitution, sexuelle Belästigung, Einschüchterung am Arbeitsplatz usw.

Aus Unterlassungssünden gelernt

Die Ungleichheiten schaden nicht nur den Frauen. Sie haben auch negative Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes und behindern die Entwicklung. Trotzdem beschäftigt man sich in der Entwicklungspolitik erst seit etwa 25 Jahren mit diesem Thema. Die Hilfe aus dem Norden hat lange Zeit nicht auf die durch das Geschlecht



Kolumbien

bedingte Arbeitsteilung geachtet, was zu zahlreichen Misserfolgen führte.

Das war zum Beispiel der Fall bei mehreren Projekten zur Mechanisierung der Landwirtschaft Ende der Siebzigerjahre in Westafrika. Um Erträge und Produktivität zu erhöhen, wurde beschlossen,

Peter Stäger



Jörg Böhling / agenda

Indien



Jörg Böhling / agenda

Indien

die landwirtschaftlich genutzten Flächen zu verdoppeln und die Männer davon zu überzeugen, die von der Zusammenarbeit gelieferten Traktoren einzusetzen.

Einige Jahre später die katastrophale Bilanz: Die Lebensbedingungen der Familien hatten sich verschlechtert, Sterblichkeit und Mangelernährung der Kinder hatten zugenommen, während die Erträge stagnierten. Der Grund für diesen Schlamassel war eine grosse Unterlassungssünde: Die Planer hatten nicht berücksichtigt, dass das Jäten und die Unkrautbekämpfung Sache der Frauen ist. Nach der Verdoppelung der Flächen mussten diese viel mehr auf den Feldern arbeiten als ihre Männer. Damit hatten sie nicht mehr genügend Zeit für die Kinderbetreuung, den Haushalt und

ihr eigenes Feld.

Mit dieser «Unsichtbarkeit» der Frauen in der Entwicklung war Schluss, als es den feministischen Bewegungen gelang, auf internationaler Ebene einen Bewusstseinsprozess auszulösen. 1975 organisierte die UNO in Mexiko die erste Weltfrauenkonferenz und leitete damit das Jahrzehnt der Frau ein. Damals führte man die ersten nach Geschlecht aufgeschlüsselten Studien und Statistiken durch. Und diese zeigten, dass die Lebensbedingungen der Frauen sich trotz der Entwicklungsbemühungen weltweit verschlechtert hatten. Also wurden verschiedene Methoden ausgearbeitet, um die Frauen in die Entwicklung einzubeziehen. Die Entwicklungsagenturen erarbeiteten speziell auf Frauen zugeschnittene Projekte. Sie unterstützten namentlich zahlreiche «Einkommen erzeugende Aktivitäten», indem sie zum Beispiel Nähateliers oder Töpfereien, Kornmühlen oder Fischräuchereien finanzierten. Als besonders wichtig galt dabei die Verleihung von Kleinstkrediten, dank denen die Frauen landwirtschaftliche Ausrüstungen kaufen oder ein kleines Unternehmen gründen konnten.

Diese auf Produktivität ausgerichteten Projekte stiessen aber auch auf Kritik. Sie verbesserten zwar das Familieneinkommen, doch führten sie erneut zu einer beträchtlichen Mehrbelastung der Frauen,



Isabelle Estanghi / Agence Vu

Afghanistan

Weniger Korruption

Länder, welche für die Rechte der Frauen einstehen, ernten reiche Früchte. Zahlreiche Studien belegen, dass damit die Fruchtbarkeitsrate sowie die Mangelernährung und Sterblichkeit der Kinder sinken. Aber der Abbau der Ungleichheiten in Bereichen wie Erziehung, Arbeitsmarkt und Recht auf Grundeigentum bringt noch weitere Vorteile: Aids verbreitet sich weniger stark, es gibt weniger Korruption, die Wirtschaft wächst schneller. Diese Aspekte wurden 2001 in einem Weltbank-Bericht mit dem Titel «Engendering Development» (Über die Gleichstellung von Mann und Frau die Entwicklung antreiben) aufgezeigt. Wenn zum Beispiel in Afrika Frauen leichteren Zugang zu produktiven Ressourcen erhalten, könnte die Produktivität bis zu 20 Prozent steigen. «Engendering development – Through Gender Equality in Rights, Resources, and Voice», World Bank and Oxford University Press, 2001

wie Ferret feststellt: «Ausserdem stellten diese Aktivitäten die Unterordnung der Frauen nicht in Frage, die trotz allem nicht an den Entscheidungen teilnehmen konnten. Im Übrigen kommt es nicht selten vor, dass ein der Frau gewährter Kleinstkredit vom Ehemann kontrolliert wird.»

Soziale Strukturen ändern

Anfang der Neunzigerjahre tauchte eine neue Strategie auf. Sie baut auf der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder eben auf der «Gender Gleichberechtigung», nach einer in angelsächsischen Studien benutzten Terminologie. Im Unterschied zum Wort Geschlecht, mit dem die biologischen Unterschiede definiert werden, bezieht sich der englische Begriff Gender auf die sozialen Beziehungen zwischen Mann und Frau. Damit können die nicht von vornherein unabänderlichen Ungleichheiten aufgezeigt werden, denn die in der Gesellschaft den Männern und Frauen zugewiesenen Rollen ändern sich unter dem Einfluss wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, religiöser oder politischer Faktoren.

Bei der Gender-Methode geht es nicht mehr darum, die Frauen zu «fördern», sondern vielmehr, die sozialen Strukturen zu ändern, welche deren Unterordnung fortbestehen lassen. Diese Aufgabe ist ebenso Sache der Männer wie der Frauen. Jeder Entwicklungsaktivität muss eine auf das Geschlecht abgestimmte Analyse vorangehen, was eine Prüfung der Rollen, der Verantwortlichkeiten und der Bedürfnisse beider Geschlechter bedingt.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming steht im Mittelpunkt dieses Vorgehens. Es bedingt die sys-

tematische Integration der Geschlechterdimension in allen Programmen und Politiken. An der vierten Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking wurde die integrierte Strategie zu einer Priorität. Seither ist der Begriff des Mainstreaming weltweit bekannt.

Élisabeth Thioléron vom Entwicklungshilfesausschuss der OECD betont, dass die Berücksichtigung des Geschlechts für die bilateralen und multilateralen Zusammenarbeitsagenturen ein sehr komplexer Prozess ist: «Wegen ihrer Hierarchie müssen die Institutionen zuerst überzeugt werden, dass dieses Vorgehen begründet ist, was oft mit einer Politik zugunsten der internen Chancengleichheit einhergeht. Sie müssen auch Fachleute oder Beraterinnen und Berater einsetzen, welche die nötigen Analysen durchführen können, und sie müssen die Gender-Dimension in ihre Entwicklungspolitik und in die Projekte im Feld integrieren. All das erfordert eine Menge Finanzen und viel Personal. In den letzten Jahren machten die Hilfsagenturen grosse Fortschritte, aber noch bleibt viel zu tun.»

Die DEZA hat Ende 2002 ihre Gender-Politik aus dem Jahre 1993 neu formuliert. Mit der neuen Strategie soll sichergestellt werden, dass «alle Aktivitäten der DEZA den Männern und Frauen die Möglichkeit geben, ihre Rechte auszuüben, und dass beide Geschlechter gleichberechtigt von der Entwicklung profitieren». Wie üblich geht die DEZA bei der Umsetzung äusserst pragmatisch vor. Chrystel Ferret erklärt, weshalb: «Wir müssen im Bereich des Möglichen bleiben und uns an den Kontext anpassen. Einige traditionalistische Ge-



Jörg Böthling / agenda

Nepal

sellschaften verstehen unser Konzept der Gleichberechtigung nicht. Deshalb versuchen wir unseren Partnern klar zu machen, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau gut ist für die Entwicklung. Aber sie können selbst bestimmen, wie sie dies in ihre Projekte integrieren wollen.»

Unterstützte gewalttätige Söhne

Ein Beispiel aus Bolivien: Im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses sollten die ländlichen Gemeinden zusammenkommen, um ihre Budgetprioritäten festzulegen. Ein DEZA-finanziertes Projekt unterstützt diese Lektion in der Gemeindegovernance, welche natürlich die Mitbeteiligung von Männern und Frauen voraussetzt. Doch an den Treffen des mehrheitlich männlichen Bauernverbands wagten die Frauen nicht, das Wort zu ergreifen. Sie schlugen deshalb vor, getrennte Treffen durchzuführen. So haben sie die Möglichkeit, ihre Ansichten vorzubringen, die nachher den Verbandsleitern übermittelt werden.

Das Schlüsselprinzip der neuen Politik, die Gender-Analyse, ist in der DEZA heute obligatorisch. «Es gibt keinen Kontext, in dem man nicht fragen kann, welches im Haushalt und in der Gemeinschaft die Rollen und Bedürfnisse beider Geschlechter sind», versichert Ferret. Dank diesem Vorgehen «mit der Gender-Lupe» können die Auswirkungen eines Projekts auf Männer und Frauen überprüft, Ungleichheiten festgestellt und die Mittel für die entsprechende Abhilfe identifiziert werden.

Sehr oft sind spezifische Aktivitäten nötig, um die Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu ver-

ändern. So unterstützt die DEZA zum Beispiel in Tadschikistan ein Projekt zur Bekämpfung der Gewalt in der Ehe, an dem die gewalttätigen Männer, die Sozialdienste, die Polizei und auch die Schwiegermütter der Ehefrauen teilnehmen, die das Verhalten ihrer gewalttätigen Söhne traditionell unterstützen.

Mit dem auf Gender ausgerichteten Vorgehen werden die Frauenprojekte nicht abgeschafft. Diese bleiben im Gegenteil noch so lange nötig, wie Frauen benachteiligt werden. Und der Kampf ist noch lange nicht gewonnen, wie Élisabeth Thioléron erläutert: «Die Gleichberechtigung bedingt eine Revolution, eine neue Gesellschaft, die auf neuen Beziehungen zwischen Mann und Frau aufbauen muss. Das dürfte noch gut einige Jahrzehnte dauern.» ■

(Aus dem Französischen)

Kleine Schritte

An der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking wurde anerkannt, dass die Gesellschaft tief greifend restrukturiert werden muss, um mit der Gleichstellung von Mann und Frau vorwärts zu machen. Die 189 Mitgliedsländer der UNO verabschiedeten einen Aktionsplan, der Ziele in zwölf kritischen Bereichen festlegt, in denen noch fundamentale Hindernisse bestehen. Sie verpflichteten sich, nationale Strategien zur Beseitigung der Ungleichheiten zwischen Mann und Frau auszuarbeiten. Fünf Jahre später nahm der UNO-Entwicklungsfonds für die Frau (UNIFEM) die Fortschritte in diesem Bereich unter die Lupe. Nur acht Länder hatten drei der in Peking festgelegten Ziele erreicht: Die Gleichstellung der Geschlechter in der Sekundarschulausbildung, mindestens 30 Prozent der Parlamentssitze waren von Frauen besetzt, und die Frauen hatten rund 50 Prozent der bezahlten Arbeitsstellen in Industrie und Dienstleistungen inne.

Nicht mit meiner Tochter

Täglich werden weltweit rund 6000 Mädchen beschnitten. Gegen die uralte Praktik der Verstümmelung der weiblichen Genitalien wächst nun in Afrika der Widerstand. Die Beschneidung ist ein frauenspezifisches Problem, welches nur durch einen gesellschaftlichen Wandel gelöst werden kann, der auch ein Umdenken der Männer erfordert. Von Maria Roselli.

Meist ohne Betäubung

Der Begriff «Female Genital Mutilation» (weibliche Beschneidung) wird für alle Prozeduren verwendet, bei denen die äusseren weiblichen Geschlechtsorgane teilweise oder völlig entfernt werden. Meistens wird der Eingriff ohne Betäubung mit Messern, Glasscherben oder Rasierklingen durchgeführt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat vier Formen der Beschneidung klassifiziert:

- Entfernung der Vorhaut der Klitoris, mit teilweiser oder vollständiger Exzision der Klitoris
- Entfernung der Klitoris mit partieller oder vollständiger Exzision der äusseren Schamlippen
- Entfernung der Klitoris und der inneren Schamlippen; die Vaginalöffnung wird soweit zugenäht, dass lediglich noch der Abfluss von Urin und Menstruationsblut möglich ist (Infibulation)
- Verschiedene nicht näher definierte Eingriffe im Genital- und Dammbereich

Beschneidung in Einsatzländern der DEZA

Eritrea	95%
Mali	94%
Sierra Leone	90%
Sudan	89%
Äthiopien	85%
Burkina Faso	72%
Tschad	60%
Liberia	60%
Benin	50%
Tansania	18%
Nigeria	5%
In Mosambik, Madagaskar, Ruanda, Südafrika und Angola werden keine Beschneidungen praktiziert.	

«Wenn ich die Frauen frage, warum sie ihre Töchter beschneiden lassen, sagen sie: So war es schon immer, so war es für unsere Mütter, und so ist es für unsere Töchter», erzählt die 39jährige Pharmakologin Rokia Sanogo von ihrer Arbeit im Kampf gegen die Beschneidung in Mali. Rund 94 Prozent ihrer Landsfrauen sind beschnitten. «Erst seit kurzem wächst die Einsicht, dass es ein schrecklicher Übergriff ist, den wir bekämpfen müssen. Für viele gehörte die uralte Praktik der Verstümmelung der weiblichen Genitalien bisher einfach zur Tradition», sagt die Gender-Expertin.

Der Kampf gegen die Beschneidung hat weltweit eine lange, von Misserfolgen gepflasterte Geschichte: Weisse Missionare haben bereits in den Zwanzigerjahren die Praktik angeprangert und zu bekämpfen versucht. Doch viele Afrikanerinnen und Afrikaner sahen im Kampf der Missionare bloss einen Versuch kolonialer Unterdrückung, der eine gegenteilige Reaktion hervorrief und somit indirekt zu einer Steigerung des Phänomens beitrug. So war es auch in den Sechzigerjahren, als weisse Feministinnen aus ihrer westlichen Sicht diese Praktik verurteilten, weil es auf die Kontrolle des Sexuallebens der Frau abzielte. «Erst seit sich die Frauen in Afrika selbst zu organisieren begannen und internationale Kontakte knüpften, haben sich einige von uns mit Erfolg gegen diese Praktik

engagiert», sagt Rokia Sanogo. Die Erfahrungen im Kampf gegen die Beschneidung in Mali zeigen denn auch deutlich auf, dass nur lokale Ansätze, die vor Ort mit den Betroffenen entstehen, zu tragbaren Lösungen führen.

Ohne Männer läuft nichts

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind weltweit 130 Millionen Frauen von der Beschneidung betroffen. Jährlich werden weitere zwei Millionen junge Mädchen beschnitten. Die Praktik der Klitoris-Entfernung, je nach Tradition samt der Schamlippen, wird vor allem in den Ländern der afrikanischen Subsahara betrieben, aber auch von kulturellen Minderheiten in Jemen, Indonesien und Indien. Die physischen und psychologischen Folgen der Verstümmelung können schrecklich sein. Die Komplikationen reichen von gravierenden Problemen bei der Niederkunft, Unfruchtbarkeit und Schmerzen beim Sex bis zum Tod (siehe Randspalte).

«Die Beschneidung ist zwar ein Frauenproblem, aber ohne einen gesellschaftlichen Wandel, der auch ein Umdenken der Männer mit sich bringt, können wir es nicht lösen», sagt Rokia Sanogo, die sich seit Jahren mit dieser Problematik befasst. Deshalb sei es wichtig, nicht nur mit betroffenen Frauen zu arbeiten, sondern verschiedene Zu-



Cordula Kopke / agenda



Der gesellschaftliche Wandel gegenüber den Beschneidungen wird auf verschiedene Arten gefördert: Sei es durch Informationskampagnen wie in Gambia (Seite 12) oder durch Strassentheater wie im Sudan (oben)

gänge für die gesamte Gemeinschaft zu suchen.

Es braucht eine spezifische Sensibilisierung der betroffenen Mädchen, aber auch ihrer Mütter und Väter, und der ganzen Dorfgemeinschaft. Der individuelle Weg eines einzelnen Mädchens, das sich nicht beschneiden lässt, führt meist nur zur Isolation. Während das Umdenken der Männer vor allem über die Information und die Sensibilisierung der Politiker und der religiösen Oberhäupter vorangetrieben wird, finden Frauen insbesondere über das Gesundheitsthema einen Zugang.

Seit gut einem Jahr arbeitet Rokia Sanogo in der Region Kadiolo im Süden Malis mit einer Gruppe von Hebammen und Beschneiderinnen. Die Frauen werden über die gesundheitlichen Folgen der Beschneidung bei der Geburt informiert und lernen, wie sie mit einfachen Mitteln der afrikanischen Naturheilkunde helfen können. «Wir wollen den Beschneiderinnen zeigen, welche verheerenden Konsequenzen ihre Eingriffe haben können und sie somit überzeugen, einem anderen Beruf nachzugehen», erklärt Rokia Sanogo. Dieser Ansatz über die Umschulung der Beschneiderinnen genüge aber alleine nicht. Denn solange eine Nachfrage bestehe, fühlten sich die Beschneiderinnen ihrer sozialen Rolle verpflichtet, und würden weiterhin der Praktik nachgehen.

Nicht in die Illegalität treiben

Die DEZA engagiert sich seit Mitte der Neunzigerjahre gegen die Beschneidung. «Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien verstößt ganz klar gegen die Menschenrechte, so etwa gegen das Recht auf physische Integrität und Selbstbestimmung, und sie hat zudem gravierende Folgen für die Gesundheit», begründet Maya Tissafi, Genderbeauftragte der DEZA, das Engagement.

Rokia Sanogo, die in der Region Kadiolo selbst in einem DEZA-Projekt arbeitet, sieht bereits erste positive Veränderungen. Der Zugang über die Gesundheit habe vor allem bei Müttern eine abschreckende Wirkung erzielt. Doch für ein Gesetz, welches die Beschneidung verbiete, sei es in Mali noch zu früh. Denn so lange das Phänomen noch so weit verbreitet sei, würde die Beschneidung bei einem Verbot einfach in der Illegalität weitergeführt. Was das Ganze nur noch schlimmer machen würde, da es nicht mehr kontrollierbar wäre. «Wir wollen zuerst ein gesellschaftliches Umdenken, einen Wandel erwirken, erst dann können wir ein Gesetz brauchen, das unserer neuen Realität entspricht», sagt die Malierin. ■

Verheerende Wirkung

Das Beschneiden der Mädchen erfolgt je nach Land in unterschiedlichem Alter. In Mali werden die Mädchen zunehmend als Säuglinge vor ihrem 40. Lebensjahr beschnitten. Im Allgemeinen erfolgt der Eingriff aber zwischen dem vierten und zwölften Lebensjahr. Die Beschneidung führt sehr oft zu Komplikationen. Kurzfristig zu starken Schmerzen, Schockzustand, Blutsturz, Urinverhalten, Eiterungen im Genitalbereich sowie Blutsturz und tödlichen Infektionen. Langfristig zu Zysten, Abszessen, Narbenwucherungen, Verletzungen der Harnröhre, extrem schmerzhaftem Geschlechtsverkehr, Harnwegsinfektionen, Unfruchtbarkeit und schweren Komplikationen bei Geburten.

«Es genügt nicht zuzugeben, dass Frauen zu den Ärmsten gehören»

Im Völkerrecht ist die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Bereichen festgeschrieben. Aber in den nationalen Gesetzen und Bräuchen hat das Prinzip noch lange nicht Eingang gefunden. Aster Zaoude, Hauptberaterin für Gender im UNO-Entwicklungsprogramm UNDP, spricht über die Situation der Frauen. Interview: Jane-Lise Schneeberger.



Aster Zaoude, gebürtige Äthiopierin, studierte Völkerrecht an der Sorbonne in Paris. In ihrer Heimat leitete sie im Ministerium für städtische Entwicklung die Abteilung, welche sich mit Frauenorganisationen befasst. 1982 betraute die UNO-Kommission für Afrika sie mit der Leitung für ein Entwicklungsprogramm Süd-Süd. Darauf wurde Aster Zaoude vom UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) in New York eingestellt, um die Entwicklungsprogramme in den Ländern der von Dürre betroffenen Sudan-Sahel-Region zu leiten. Ab 1985 verbrachte sie fünfzehn Jahre auf verschiedenen Posten im Dienst des UNO-Entwicklungsfonds für die Frau (UNIFEM), wo sie unter anderem Direktorin für die Programme für Ost, Mittel- und Nordafrika war. 2000 kehrte sie in das UNDP zurück und übernahm den Posten der Hauptberaterin für Gender-Fragen.



Bengladesch

Eine Welt: Zwar sind auch im Norden noch immer einige Frauenrechte nicht durchgesetzt, aber die grösste Geschlechterdiskriminierung ist im Süden zu finden. Gibt es eine Verbindung zwischen Armut und Ungleichheiten?

Aster Zaoude: Die Ungleichstellung von Frau und Mann ist ein Phänomen, das der Norden mit dem Süden gemein hat. Kein Land kann behaupten, eine perfekte Gleichstellung erreicht zu haben, wenn auch einige bei den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Frauenrechten enorme Fortschritte gemacht haben. Armut beschränkt den Zugang der Frauen zu Ressourcen, Erziehung, Gesundheit und Entscheidungsmacht. Durch die Kombination der Diskriminierung zwischen

den Geschlechtern, den sozialen Klassen und den Rassen sind die Frauen gleich mehrfach ausgeschlossen. Das ist insbesondere in den armen Ländern der Fall.

Wie weit berücksichtigen die Strategien zur Armutsbekämpfung die unverhältnismässig hohe Zahl von Frauen unter den Armen?

Dass Frauen übermässig von Armut betroffen sind wird von der internationalen Gemeinschaft immer mehr anerkannt. Die Frauen haben wenig Zugang zu Grundeigentum, Einkommen und Wissen, sind in den Parlamenten und Beschlussinstanzen untervertreten, ihre Möglichkeiten sind begrenzt. Die Strategien zur Armutsbekämpfung haben in diesem Bereich schon viel erreicht. Aber noch bleibt



Thomas Kern / Lookat

Iran

viel zu tun, damit die Verarmung der Frauen dokumentiert und in die Armutsdiagnosen integriert wird. Es genügt nicht zuzugeben, dass die Frauen zu den Ärmsten gehören oder ihre Fähigkeit zum Finden von Überlebenslösungen zu bewundern. Es müssen konkrete Aktivitäten entwickelt werden, die ihnen helfen, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Ohne den Beitrag der Frauen zur Überlebenswirtschaft, aber auch zu Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen und zum informellen Sektor, finden die armen Länder nie aus ihrem Elend.

Die zahlreichen UNO-Instrumente für die Frauenrechte wurden von praktisch allen Ländern gutgeheissen. Warum bestehen trotzdem weiterhin schwerwiegende Ungleichheiten?

Die UNO-Konvention über die Frauendiskriminierung ist der am meisten unterzeichnete Text. Doch unter anderem die USA und Somalia sind nicht beigetreten. Es gibt aber auch andere internationale Instrumente, die Klauseln hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter enthalten. Solange der Beitritt der Länder nicht über alle Elemente des Völkerrechts zur Angleichung der nationalen Gesetzgebungen führt, ist die Konvention nicht in Kraft. Zahlreiche Unterzeichnerstaaten haben Vorbehalte angemeldet, andere gehen von Systemen aus, von denen die traditionellsten das Gleichstellungsprinzip nicht respektieren. Das ist der Fall bei den islamischen Gesetzen, welche die Knaben bei Erbschaften bevorzugen, sowie bei den Gewohnheitsrechten, die keinen Zugang der Frauen zu Grundeigentum vorsehen.

Eines der Entwicklungsziele des Jahrtausends (Millennium Development Goals) betrifft die Gleichstellung von Mann und Frau, beschränkt sich aber auf die Erziehung und die parlamentarische Vertretung. Wie steht es mit anderen Ungleichheiten?

Es ist klar, dass diese beiden spezifischen Ziele

allein die Situation der Frauen in der Welt nicht vollständig abdecken. Sie sind wichtig, aber lange nicht ausreichend, umso mehr, als sie eng mit anderen Bedingungen zusammenhängen, welche die Frauen ausgrenzen, wie zum Beispiel Armut. In einer Familie, die nicht genügend Mittel hat, um alle Kinder in die Schule zu schicken, werden die Mädchen für Haushaltarbeiten daheim bleiben müssen. Hingegen ist zu beachten, dass die Daten zu allen anderen Millenniumszielen nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind, womit die Ungleichheiten deutlich gemacht werden können. Die ersten nationalen Berichte zeigten zum Beispiel, dass zwar im Kampf gegen Aids Fortschritte erzielt wurden, dass aber vor allem die Mädchen Opfer neuer Ansteckungen sind.

Entwicklungsorganisationen, welche sich für die Gleichstellung einsetzen, werden oft beschuldigt, westliche Ideen durchsetzen zu wollen, die den lokalen Traditionen widersprechen. Ist diese Kritik berechtigt?

Traditionen sind sehr wichtig für den sozialen Zusammenhalt und müssen respektiert werden. Einige sind aber für die Menschen abträglich. So zum Beispiel die Beschneidung der Mädchen, Frühehen, Gewalt in der Ehe oder die Abtreibung weiblicher Föten in einigen asiatischen Gesellschaften. Der Westen hat seine eigenen Werte, die nicht einfach auf andere Gesellschaften übertragen werden können. Aber Traditionen können sich ändern, und es ist ermutigend zu sehen, dass Frauen an vorderster Front traditionelle Praktiken bekämpfen, die ihrer Gesundheit schaden. In stark islamisierten Ländern wie Senegal gelang es ihnen, Religionsführer und Traditionalisten davon zu überzeugen, dass der Islam die Beschneidung der Mädchen nie verlangt hat, dass die Töchter des Propheten Mohammed nicht beschnitten waren, und dass diese Tradition abgeschafft werden muss. ■

(Aus dem Französischen)

Der Traum von 2015

Am Millenniumsgipfel im September 2000 in New York erarbeiteten die Staats und Regierungschefs der 189 UNO-Mitgliedstaaten eine ambitionierte Agenda, um das Los der Menschheit zu verbessern. Dabei wurden acht Entwicklungsziele für das Millennium (MDG) verabschiedet, die bis 2015 erreicht werden sollen:

- 1) Reduktion der absoluten Armut und des Hungers um die Hälfte
- 2) Garantierter Primarschulzugang für alle
- 3) Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Autonomisierung der Frauen
- 4) Reduktion der Kindersterblichkeit um zwei Drittel
- 5) Verbesserung der Gesundheit der Mütter
- 6) Kampf gegen Aids, Malaria und andere Krankheiten
- 7) Gewährleistung einer nachhaltigen Umwelt
- 8) Bildung einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Alle diese Ziele sind beziffert und werden von mehreren Indikatoren begleitet, aufgrund derer die Fortschritte gemessen werden können. Als Vergleichspunkt gilt das Niveau von 1990.
www.un.org/millenniumgoals



Ein vergessenes Land blickt nach Europa

Albanien, jahrzehntelang das Armenhaus des alten Kontinents und Inbegriff der brutalen kommunistischen Herrschaft, will rasch in Europa integriert werden. Die politischen Fronten haben sich aufgeweicht. Neue Strassenprojekte sollen das Land in die Moderne katapultieren. Von Enver Robelli*.

Tirana, die albanische Hauptstadt, mausert sich zu einer Metropole mit einem wohlthuend urbanen Flair. Der neue Glanz erstrahlt weit über die Landesgrenzen hinaus. Sogar UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat davon gehört und Bürgermeister Edi Rama kürzlich mit einem Preis geehrt. Was der 37jährige erreicht hat, ist beachtlich.

Doch der Reihe nach: Seit dem Sturz des kommunistischen Regimes vor elf Jahren verwandelte sich Tirana in einen grossen Bazar, dominiert von einem Wildwuchs protziger Betonklötze, illegaler Kioske und Hot-Dog-Buden. Der Stadtpark glich einer braunen Ödnis. Dubiose Geschäftsleute mit engen Beziehungen zu korrupten Politikern bauten, was das Zeug hielt. Ohne Baubewilligung, versteht sich. Mitten im Stadtzentrum drohte der Bach Lana zu einer Mistgrube zu werden. Über 100000 regis-

trierte Fahrzeuge in Tirana, meistens aus dem Westen importierte Schrottkisten, verursachten ein kaum beherrschbares Verkehrschaos. Dazu kam die Landflucht. Hunderttausende Menschen vor allem aus dem armen Norden strömten in die Hauptstadt, deren Einwohnerzahl sich in den Neunzigerjahren auf über 600000 Personen verdreifacht hat. Kein Wunder konnte man bei den Kommunalwahlen vor zwei Jahren die Politiker, die sich für das Amt des Bürgermeisters interessierten, an den Fingern einer Hand abzählen. Für die regierenden Sozialisten kandidierte der parteilose Edi Rama – und gewann gegen den Amtsinhaber der konservativen Demokratischen Partei. Der Mann hatte mit aktiver Politik eigentlich wenig am Hut. Er ist Kunstmaler und Bildhauer. Schnell und unbürokratisch krepelte der Bürgermeister zuerst die ganze



Stadtverwaltung um, stellte junge Absolventen der Universität Tirana an und stürzte sich sofort in die Arbeit. Mit der Parole «Die Stadt den Bürgern zurückgeben» machte Rama reihenweise illegal erstellte Bauten dem Erdboden gleich. Spielsalons, Imbissbuden, billige Hotels, Bars wurden demoliert, die Müllberge regelmässig abtransportiert. Mit seiner radikalen Politik gewann Rama das

Vertrauen der Bürger. Mit dem Projekt «Clean & Green» entfernten die Behörden alle Kioske aus den Stadtpärken. Die Grünflächen und die gelb und bordeauxrot gestrichenen Ministerien im Zentrum ergänzen sich perfekt. Die Fassaden der Wohnhäuser an der breiten Strasse, die in die Hafenstadt Durrës führt, sind mit kräftigen Farben frisch gestrichen. Oft sind die Etagen mit verschiedenen Farben verschönert. Hundertwasser in Tirana? «Nein», sagt ein junger Architekt der Stadtbehörde, «die Idee stammt vom Bürgermeister.»

Finanzpyramiden, Unruhen, Machtkämpfe

Noch vor sechs Jahren erreichten Westeuropa ganz andere, schreckliche Bilder aus Albanien. Der Zerfall betrügerischer Finanzpyramiden trieb Albanien im Frühjahr 1997 an den Rand des Ruins. Es kam zu schweren Unruhen, zehntausende Kleinanleger forderten von der Regierung ihr Geld zurück. Die staatliche Ordnung brach zusammen, Militärdépôts wurden aufgebrochen und tonnenweise Munition, Sprengstoff und 700 000 Waffen geplündert. Bei bürgerkriegsähnlichen Zuständen verloren über 2000 Menschen das Leben. Daraufhin musste der autokratische Staatschef Sali Berisha zurücktreten und eine linke, von ehemaligen Kommunisten dominierte Regierung, kam an die Macht. Die folgenden Jahre waren von heftigen Machtkämpfen, einem gescheiterten Putschversuch und Attentaten auf politische Gegner geprägt.



Wolfgang Huppertz / agenda



Jecko Vassilev / Still Pictures



Judith Passow / Network / Lookat

Das Ding im Alltag Olivenöl

«Die Olivenbäume sind so alt wie unser Land», sagen viele Albaner. Selbst Skanderbeg, der sagenumwobene Nationalheld, soll im Mittelalter Olivenbäume gepflanzt haben. Frisch vermählte Paare mussten damals ebenfalls einen Olivenbaum pflanzen, bevor die Behörden die Heirat registrierten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Albanien vom stalinistischen Regime Enver Hoxhas regiert wurde, gab es in den Läden nur Olivenöl. Die auf dem Balkan weit verbreitete Bohnensuppe wird in Albanien, bevor sie serviert wird, mit zwei bis drei Löffeln Olivenöl nochmals kurz gekocht. So bekommt das Gericht einen speziellen Beigeschmack und ist obendrein sehr gesund. Studien haben nachgewiesen, dass Menschen in Südalbanien, wo es die grössten Plantagen von Olivenbäumen gibt, praktisch keine Probleme mit Herzgefässen haben und im Mittelmeerraum am längsten leben.

Hinzu kamen im Frühjahr 1999 die Folgen des Kosovo-Krieges (über eine halbe Million Albaner aus der zerstörten Provinz fanden Zuflucht in Albanien). Das Land schien nicht vom Fleck zu kommen. Albanien, das Land der stolzen Adlersöhne, machte nur negative Schlagzeilen. Weitverbreitete Armut, schwache oder praktisch nicht existierende Staatsstrukturen, korrupte Polizisten, Zöllner und Beamte, Prostitution, Schmuggel und Kriminalität. Laut albanischen Experten soll zwischen 1990 und 1998 eine halbe Million Menschen das Land verlassen haben, eine beachtliche Zahl, angesichts einer etwa 3,2 Millionen zählenden Bevölkerung.

Die EU macht Druck

Nachdem die Europäische Union und die Vereinigten Staaten die blutigen Konflikte in den Ländern des früheren Jugoslawien beendet hatten, nahm auch der Druck auf das Sorgenkind Albanien zu, endlich die Auflagen für die europäische Integration zu erfüllen. Im vergangenen Jahr zwang Brüssel die Streithähne der albanischen Politik – Sali Berisha und Sozialistenchef Fatos Nano – zu einem historischen Kompromiss. Die Kriegsbeile wurden im Sommer begraben, mit Alfred Moisiu wurde ein unabhängiger Kandidat zum Staatsoberhaupt gewählt. Für die EU war die Wahl ein Zeichen der «politischen Reife» Albaniens. Im Gegenzug akzeptierte Berisha, dass der von ihm jahrelang bekämpfte Nano Ministerpräsident wurde. Seither herrscht Burgfriede in der albanischen Politik. Die zwei ehemaligen Feinde teilen den Kuchen untereinander, was nicht gerade förderlich ist für die Festigung der Demokratie. Doch auch diese Art der politischen Stabilität zahlt sich vorläufig aus.

Die Korruption, ein altes Geschwür, wird nicht mehr verharmlost, sondern bekämpft – wenn auch mit mässigem Erfolg. Verschärft wurde hingegen das Vorgehen gegen illegale Flüchtlinge. Premierminister Nano liess kurz nach seiner Ernennung in einer medienwirksamen Aktion mehrere Schnellboote zerstören. Die EU – insbesondere die Nachbarländer Italien und Griechenland – unterstützen die

albanischen Behörden im Kampf gegen die illegale Immigration über die Hafenstadt Vlora nach Italien.

Neue Strassen

Gezielt forciert die Regierung neue Strassenbauprojekte, die das kleine Balkanland mit leistungsfähigen Autobahnen in die umliegenden Regionen verbinden sollen. Eine dieser Routen, «Korridor Acht» genannt, folgt der berühmten römischen Heeres- und Handelsstrasse Via Egnatia und wird die bulgarische Hafenstadt Varna – über Sofia und Skopje (Mazedonien) – mit dem albanischen Hafen Durres verbinden. Die Bauarbeiten sind schon im Gange. Die neue Strasse könnte die albanische Wirtschaft ankurbeln und die Verbindung nach Griechenland verbessern.

Ein anderes Lieblingsprojekt der albanischen Regierung ist der Bau einer Autobahn von Durres über die nordalbanische Grenzstadt Kukes nach Pristina in Kosovo. Das Kabinett in Tirana hat eine Sondersteuer zur Finanzierung der Schnellstrasse beschlossen. Der von einigen Politikern in Belgrad und Skopje erhobene Vorwurf, es handle sich bei dem Riesenprojekt um einen Schritt zu einem «Grossalbanien», lehnen albanische Politiker vehement ab. Albaniens bescheidene Fortschritte wurden im Januar von der Europäischen Union belohnt. Ende Januar reiste EU-Kommissionspräsident Romano Prodi nach Tirana und unterzeichnete mit der albanischen Regierung eine Vereinbarung, Verhandlungen über den Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens einzuleiten. Auch Prodi liess es sich nicht nehmen, Tiranas Bürgermeister Edi Rama zu treffen. Bei einem Rundgang durch das herausgeputzte Stadtzentrum zeigte sich der hochrangige Besucher aus Brüssel sichtlich angetan. «Tirana hat sich wunderbar verändert», schwärmte Prodi. Das Lob ist für Edi Rama ein Grund mehr, im Herbst für eine zweite Amtszeit zu kandidieren. Noch eine positive Meldung aus einem Land mit schlechtem Ruf. ■

* Enver Robelli ist Auslandsredaktor beim Zürcher Tages Anzeiger und bereist regelmässig die Balkanländer.

Albanien und die Schweiz

Von der Berufsausbildung bis zur Minenräumung

(bf) Albanien ist seit 1991, das heisst seit Beginn der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten, ein Projektland der Schweiz. 1995 wurde es zusammen mit Bulgarien, Rumänien und Mazedonien zu einem Schwerpunktland für die DEZA. Seit 1997 besteht in Tirana ein Kooperationsbüro für Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, welches gemeinsam von der DEZA und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) finanziert wird. Das gegenwärtige Programm mit einem Jahresbudget von rund sechs Millionen Franken besteht aus rund 20 Projekten kleineren und mittleren Umfangs in folgenden Bereichen:

Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit: Im Vordergrund stehen die Ausbildung Benachteiligter und Projekte im Gesundheitswesen. Insbesondere besteht ein Programm zur Integration von marginalisierten Kindern und Jugendlichen sowie die Ausbildung von Sonderpädagogen, Hebammen und Krankenschwestern.

Beschäftigung und Einkommensförderung: Eine Berufsschule für Automechaniker, Haushalt-elektroniker, Landwirtschaftsmechaniker, Netzelektroniker etc. soll den Ausbildungsstand verbessern. Ausbildungskurse für verschiedene Berufe wiederum haben das Ziel, den Absolventinnen und

Absolventen bessere Chancen für eine Anstellung zu ermöglichen. Im weiteren werden die Produktion und die Vermarktung einheimischer landwirtschaftlicher Produkte gefördert und im Rahmen eines Weltbank-Projekts wird mit dem Aufbau eines Kredit- und Sparsystem der Zugang zu Krediten erleichtert.

Gute Regierungsführung: Neben dem Aufbau eines Jugendparlaments unterstützt die Schweiz u.a. die Ausbildung Medienschaffender, die Modernisierung albanischer Archive und die Förderung der Forschung.

Konfliktprävention und -bewältigung: Diese Bereiche werden von der Humanitären Hilfe durchgeführt und beinhalten ein Minenräumungsprogramm, die Reintegration albanischer Rückkehrer aus der Schweiz sowie die Sanierung und Finanzierung von Ambulatorien und Schulhausrenovationen.

Das finanzielle Engagement des seco bewegt sich in der gleichen Grössenordnung wie dasjenige der DEZA und unterstützt Projekte im Elektrizitätssektor, der Wasserversorgung, der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), der Zahlungsbilanzhilfe sowie diverser Projekte im Stabilitäts-pakt.

Zahlen und Fakten

Name
Republik Albanien

Hauptstadt
Tirana,
600 000 Einwohner

Fläche
28 748 km²

Währung
Lek

Bevölkerung
3,4 Millionen Einwohner, davon:
95% Albaner
3% Griechen
Minderheit von slawischen Mazedoniern und Sinti

Sprachen
Albanisch, sehr verbreitet
sind vor allem Italienisch,
Englisch und Französisch

Religion
70% Muslime
20% Orthodoxe Christen
10% Katholiken

Wichtigste Exportgüter
Textilien, Leder und
Lederwaren, Erze

Aus der Geschichte

11. Jh. Erstmals wird die Bevölkerung von Durrës und Umgebung als «Albanoi» erwähnt.

1389 Schlacht auf dem Amselfeld gegen Sultan Murat I. unter Teilnahme der Albaner auf christlicher Seite.

1501 Die Türken erobern alle albanisch bewohnten Gebiete. Während der ottomanischen Herrschaft emigrieren viele Albaner in andere Mittelmeerstaaten (z.B. Toskana, benannt nach der albanischen Volksgruppe der Tosken).

1908-1912 Im Kosovo beginnen albanische Aufstände gegen die Türken, welche den Albanern folglich Autonomie zugestehen.

1913 Die Botschafterkonferenz anerkennt die Unabhängigkeit Albaniens.

1914 Prinz Wilhelm von Wied wird als albanischer Fürst eingesetzt, verlässt aber nach Ausbruch des ersten Weltkrieges das Land.

1914-18 Albanien wird von Griechenland, Italien, Serbien, Montenegro und Österreich besetzt.

1920 Am Kongress von Lushnja wird eine Regierung gebildet, Tirana wird Hauptstadt und Albanien in den Völkerbund aufgenommen.

1928 Ahmet Zogu erklärt Albanien zur Monarchie und ernennt sich selber zum König Zog.

1941 Die Italiener schaffen ein Gross-Albanien, das alle albanisch bewohnten Gebiete, so auch den Kosovo (alba-

nisch Kosova), West-Mazedonien und Teile Nord-Griechenlands miteinbezieht.

1943 Italien kapituliert. Deutsche Truppen besetzen Albanien aus strategischen Gründen.

1946 Der Stalinist Enver Hoxha proklamiert die Volksrepublik Albanien.

1967 Über 2000 Kirchen und Moscheen werden im ersten atheistischen Staat der Welt geschlossen.

1978 Nach einem Streit mit seinem letzten Verbündeten, China, gerät Albanien in völlige Isolation vom Rest der Welt.

1985 Enver Hoxha stirbt. Sein Nachfolger ist Ramiz Alia.

1991 In Albanien herrscht praktisch Anarchie. Es werden ein pluralistisches Parteiensystem zugelassen und die Freilassung politischer Gefangener veranlasst.

1992 Die Demokratische Partei gewinnt die Wahlen. Sali Berisha wird Präsident.

1997 Opfer von bankrott gegangenen «Pyramiden»-Firmen fordern den Rücktritt von Präsident Berisha. Unruhen führen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, gewalttätigen Ausschreitungen. Die Armee löst sich auf.

2001 Die regierende sozialistische Partei gewinnt die Parlamentswahlen gegen die Demokratische Partei.

2002 Fatos Nano wird Ministerpräsident. Zuvor wurde Alfred Moisiu, ein Kandidat der Opposition, zum Staatspräsidenten gewählt.



Nett, freundlich, hilfsbereit und mütterlich...



Eglandina Gjermeni, 35, ist Direktorin des Frauenzentrums Tirana und Dozentin an der Fakultät für Sozialarbeit der Universität Tirana. Nach dem Universitätsabschluss in den USA kehrte sie nach Tirana zurück um sich dort für die Gleichstellung der Frauen zu engagieren. Unter anderem arbeitete sie in einem Beratungszentrum für missbrauchte Frauen und Mädchen und spezialisierte sich in Traumatherapie und Gender-Fragen. Heute gibt sie Vorlesungen und Seminare zur Gender-Thematik und zu verschiedenen Bereichen der Sozialarbeit. Sie ist verheiratet und teilt sich mit ihrem Mann die Hausarbeit und die Erziehung des gemeinsamen Sohns.

Albanien ist mit enormen sozialen Problemen konfrontiert wie Armut, Arbeitslosigkeit, häuslicher Gewalt und auch Frauen- und Mädchenhandel. Eine der Ursachen dafür ist die Ungleichstellung der Geschlechter. Sie beginnt schon kurz nach der Empfängnis. Ist eine Frau schwanger, wünscht sie sich einen Sohn. Früher wurden Frauen, die keine Söhne zur Welt brachten, von ihrer Familie verachtet, bestraft oder sogar misshandelt.

Bis heute haben Redensarten überlebt wie «meine Frau hat mir einen Jungen geschenkt» und «meine Frau hat für mich einen Jungen zur Welt gebracht». Heute, da man die entsprechenden Geräte zur Verfügung hat, möchten vor allem Männer aus ländlichen Gebieten das Geschlecht des werdenden Kindes vor dessen Geburt kennen.

Relativ häufig wird eine Frau zur Abtreibung gezwungen, wenn ihr Mann erfährt, dass das Ungeborene ein Mädchen ist. Kommt ein Kind als Mädchen auf die Welt, läuft es Gefahr, in den Entbindungsstationen albanischer Spitäler aufgrund seines Geschlechts vernachlässigt zu werden. In der Familie setzt sich das fort. Unglücklicherweise sind es in erster Linie die Mütter, die ausschliesslich ihre Töchter dazu erziehen, die Hausarbeit zu erledigen, während sie ihre Söhne verehren und ihnen beibringen, dass sie keine «weiblichen» Arbeiten zu verrichten haben. Mädchen hingegen lernen früh, dass sie ohne Mann weniger wert sind. Ihnen gegenüber äussert man Wünsche wie: «Ich hoffe, dass du einmal einen netten Mann heiratest, damit du glücklich wirst» oder «ich wünsche dir Glück, damit du einmal

einen guten Mann bekommst».

Die Klischeevorstellungen und die Erwartungen von Familie und Gesellschaft lassen die jungen Frauen zudem spüren, dass sie nett, freundlich, hilfsbereit und mütterlich zu sein haben. Dies wirkt sich natürlich auch stark auf ihre Persönlichkeitsstruktur und ihr Temperament aus, und oft werden sie so weit gebracht, dass sie die sexuelle Diskriminierung und sogar die geschlechtsbezogene Misshandlung einfach hinnehmen. Viele Frauen sagen sich auch heute noch, «das ist mein Schicksal, ich kann es nicht ändern» oder «ich wurde mit meinem Mann verheiratet, und er darf mit mir machen, was er will» oder «ich würde es nicht überleben, von der Gesellschaft als geschiedene Frau gebrandmarkt zu werden».

Die Idee, dass die Mädchen von Geburt an Eigentum ihres Vaters sind und nach der Heirat Eigentum ihres Ehemanns werden, ist mitverantwortlich dafür, dass Frauen und Mädchen alles, was die Zuhälter und Kuppler mit ihnen machen, erdulden, auch die Tatsache, dass sie zu Sexualobjekten degradiert und missbraucht werden. In dem Buch «Essays für albanische Frauen» der bekannten albanischen Schriftstellerin Diana Culi, heisst es: «Was im Kanun (dem albanischen Gewohnheitsrecht) geschrieben steht, nämlich dass die Frauen den arbeitenden Tieren gleich gestellt sind, ist heute nicht anders. Denn die Zuhälter, diese Tiere mit menschlichem Gesicht, haben noch immer dieselbe Mentalität und beuten Frauen und Mädchen nicht nur aus, sondern töten ihre Opfer sogar, wenn diese flüchten wollen.»

Durch die Emigration, einem neuen Phänomen, mit dem sich Albanien konfrontiert sieht, verschärft sich die Situation. Wenn die Männer weg sind, haben die albanischen Zuhälter ein viel leichteres Spiel, ihre Opfer durch falsche Heiratsversprechen oder Aussicht auf Arbeit, durch Nötigung und manchmal sogar Entführung zu rekrutieren. Doch heutzutage wächst die Zahl albanischer Frauen, die mit den Tabus und alten Mythen brechen, welche während Jahrhunderten dafür gesorgt haben, dass ihre Rechte als Menschen missachtet wurden. Nichtregierungsorganisationen von Frauen haben einen grossen Beitrag zur rechtlichen Besserstellung der Frau und zur Auseinandersetzung mit Themen wie der wirtschaftlichen Besserstellung, Familienplanung, häuslicher Gewalt, Frauen- und Mädchenhandel usw. geleistet. ■

(Aus dem Englischen)



Shiva Voser / DEZA

Die lange Reise zu 0,4 Prozent



H. Krebs

«Wer nicht weiss, in welchen Hafen er segeln will, für den ist kein Wind günstig», soll einst Seneca gesagt haben. Seine Aussage ist nachvollziehbar. Alinghi hat es eindrücklich gezeigt. Wer etwas erreichen will, braucht Ziele. In der Entwicklungsfinanzierung hat der Bundesrat anfangs der Neunzigerjahre ein solches gesetzt: das Volumen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeitsausgaben sollte bis ins Jahr 2000 auf 0,4 Prozent des nationalen Volkseinkommens ansteigen. Das Ziel wurde nicht erreicht, die «politischen Winde» waren nicht ausreichend günstig. Im November 2000 hat die Landesregierung das gesetzte Ziel bestätigt und sich die Frist 2010 gesetzt. Weder die politischen noch die fiskalischen Winde sind zur Zeit verheissungsvoll, rechtzeitig in den Zielhafen zu gelangen. Die Reisedauer von 18 Jahren – so wird bereits erwogen – soll erneut verlängert werden, weil wegen schlechtem Wirtschaftsgang die Bundeseinnahmen nicht hoch genug ausfallen dürften. Diese Vermutung nimmt immer stärker reale Gestalt an. Wichtig ist, dass das Ziel bleibt. Wer aber lange unterwegs ist, braucht nicht nur ausreichend Nahrung, sondern auch Hoffnung und gar Glauben. Ausdauer brauchen nicht nur die Reisenden, sondern auch die Wartenden.

Die Schweiz wird in der Völkergemeinschaft an den Taten, nicht an Worten gemessen. Wir sind als Nation, welche fast ihr halbes Volkseinkommen im Ausland erwirtschaftet, im globalen Schaufenster. Wir werden beobachtet, wie wir es mit der von uns immer wieder erwähnten Solidarität halten, wie wir unsere Mitverantwortung leben. Nun, Blicke von aussen mögen alleine vielleicht nicht schmerzen. Stummes Kopfschütteln anderer ist hier bei uns nicht hörbar, aber die Vorstellung tut weh, wie viel mehr Menschen geholfen werden könnte, würden wir die Substanz finden, das gesetzte Ziel zu erreichen.

300 Millionen Kinder sind nicht ausreichend ernährt. Das UNO-Welternährungsprogramm (WFP) sichert weltweit die Schulverpflegung für 15 Millionen Kinder. Rund 30 Rappen pro Tag sollen ausreichen, ein Kind zu ernähren, damit es in der

Schule lernen kann. Ausbildung und Erziehung sind bekanntlich die beste Investition für die Zukunft der Kinder. Was sie sich im Kopf erarbeiten und was sie im Herzen tragen, kann ihnen niemand wegnehmen. Das ist gewissermassen eine versicherte Hoffnung für bessere Zukunftsperspektiven, eine Hilfe zur Selbsthilfe. Stellen wir uns vor, was mit jeder zusätzlich verfügbaren Million Franken allein in diesem Bereich möglich wäre: 10000 Kinder mehr hätten ein Jahr lang gesicherte Nahrung!

Sparen heisst auf Ausgaben verzichten. Wir können sicher nicht mehr ausgeben als wir haben. Aber tun wir auch wirklich das Mögliche, um am richtigen Ort zu sparen? Sind wir so sicher, dass andere uns den Spiegel nicht vorhalten, dass der dumpfe Schrei von Menschen in Not nicht hörbar ist, wenn wir uns selbst im Spiegel sehen? Ich sehe von Berufs wegen viele Menschen in Armut und Not. Das schmerzt immer wieder. Ich will mich weder an diesen Schmerz gewöhnen noch seiner Botschaft verschliessen. Ich fasse viele Hände armer Leute an; sie klammern selten, sie übertragen Wärme und Kraft. Auch aus den Augen armer Leute strahlt menschliche Würde. Sie trotz dem Hunger. Wenn auch sie die Kraft verliert, werden Hände zu Augen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass ganze Völker zu Bettlern werden müssen. Millionen von Händen und Augen verlangen eine Chance, sich selbst helfen zu können. Diesem Verlangen dürfen wir uns nicht verschliessen. Wir können nicht allen helfen, aber wir sollten all unsere Möglichkeiten nutzen, das Richtige zu tun. Sparen auf dem Rücken der Ärmsten der Armen ist vielleicht bequemer als anderswo. Aber ist das fair? Haben diese Betroffenen eine Stimme? Können sie ihre Interessen vertreten? Genügt es nicht, Augen und Ohren offen zu halten, um ihr Schicksal zu erfassen? Sie werden dafür danken. Hoffnung allein darf nicht die einzige Chance bleiben. ■

Walter Fust
Direktor der DEZA

Recht haben und Recht

Seit der Landreform im Jahr 1996 gibt es in Kirgistan privaten Landbesitz und damit verbunden neue Rechte für die einstigen Kolchoseangehörigen. Damit diese Rechte nicht nur auf dem Papier Gültigkeit haben, erhält die Landbevölkerung vom Rechtsberatungsdienst der DEZA und der USAID Unterstützung. Von Claudia Kock*.



Claudia Kock [2]

Der Rechtsdienst des LARC

Der Rechtsdienst steht Einzelpersonen und Gruppen offen. Bauern, Entscheidungsträger oder Rechtsanwälte werden themenspezifisch zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Dabei geht es vor allem um Eigentumsfragen, Kooperationsfragen (besonders im Bereich Wassernutzung) oder Steuerfragen. Spezifische Beratung kann die Vorbereitung von Dokumenten oder die Mediation von Disputen umfassen. Bei der Vertretung übernimmt der Anwalt oder die Anwältin des LARC die Interessen des Klienten und vertritt diese gegenüber anderen Bürgern, Institutionen, in oder ausserhalb des Gerichtes.

Aravan – eine Dreiviertelstunde Autofahrt von Osh entfernt – liegt im kirgisischen Teil des fruchtbaren Ferghana-Tals im Herzland Zentralasiens, wo sich die Territorien Kirgistans, Usbekistans und Tadschikistans ineinander verkeilen. Überall, wo dank eines fein verästelten Kanalsystems mit dem Wasser des Syr Darya aus den «himmlischen Bergen» eine intensive Bewässerungslandwirtschaft betrieben wird, wächst Baumwolle, gedeihen Granatäpfel, Aprikosen, Weizen und anderes mehr. Rund 20 Bauern aus der Umgebung von Aravan warten in den Räumlichkeiten des Rechtsberatungsdienstes in der Karl-Marx-Strasse. Als Kunden des LARC, dem Rechtsberatungsdienst der DEZA und der USAID, berichten sie von ihren Erfahrungen.

Endlich die halbe Hektare bekommen

Atantaj Ajtjew ist 70 Jahre alt und an seinem Filzhut als Kirgise zu erkennen. Mit Stolz spricht das Familienoberhaupt von seinen neun Kindern und 21 Enkeln. Nebst einer kleinen Rente besitzt er zwei Kühe, 50 Ziegen sowie 2,5 Hektaren Land, auf dem Weizen, Sonnenblumen und Mais angebaut werden. Die Tiere könnten auf Staatsland

weiden. Vor der Transformation sei er in einer grossen Kolchose namens Parteikongress angestellt gewesen, erzählt Ajtjew: «Bei der Landverteilung bekam meine Familie nicht alles, was uns zustand. Während fünf Jahren versuchte ich das Problem selbst zu lösen und kämpfte bei allen Amtsstellen um meinen Anteil. Ich ging auch zu Staatsbeamten ins Büro». Ganz erschöpft sei er schliesslich beim LARC gelandet.

Janargul Isakbaeva, Rechtsanwältin beim LARC, verhandelte mit dem unrechtmässigen Besitzer und drohte mit einem Prozess. Jetzt habe er eine halbe Hektare zurück bekommen. Rückwirkend müsse der andere Bauer ihm auch noch Zinsen in Form von Dünger bezahlen, sagt Ajtjew.

Projektleiter Lamar Cravens, der von der Regie führenden Helvetas für das Projekt angestellt ist, erklärt, wofür LARC steht: «Legal Assistance to Rural Citizens» bedeutet Rechtsinformation, Rechtsberatung und Vertretung der Landbevölkerung vor und ausserhalb des Gerichtes. «Manche Bauern wissen nur wenig über das neue Privatisierungsrecht, andere trauen den Gerichten nicht», sagt Cravens. Denn diese galten im früheren Sowjet-

bekommen

system als korrupt. Nur wer zahlen konnte, bekam Recht. Der Rechtsberatungsdienst hat es sich zur Aufgabe gemacht, den kleinen Bauern auf friedliche Weise zu ihrem Recht zu verhelfen.

Das mit 503 000 US Dollar dotierte Projekt startete im Jahr 2000. Heute gibt es in Kirgistan bereits 14 Rechtsberatungsdienste in vier Provinzen. Für dieses Jahr ist der Ausbau auf insgesamt 21 Dienste

Klienten, 400 Beratungen und 37 Rechtsvertretungen, wovon lediglich zwei vor Gericht ausgetragen wurden.

Tadschibaj Dschorjew ist 64, hat 9 Kinder und 28 Enkel. Bis 1996 war er als Traktorfahrer in der Kolchose Lenin beschäftigt, in der rund 1000 Familien zusammen wirtschafteten und auf 500 Hektaren Baumwolle anbauten. Heute beziehe er



geplant. Bereits 1996 wurde in Kirgistan im Unterschied zu den benachbarten Ex-Sowjetstaaten das Land der Kolchosen und Sowchosen privatisiert. 75 Prozent des Bodens sind seither an die Bevölkerung verteilt worden. 25 Prozent blieben als Reserve im Staatsbesitz.

Ende 2001 wurde das Fünfjahres-Moratorium für den Verkauf von Landtiteln aufgehoben. Somit besteht heute faktisch ein freier Markt für den Verkauf von Grundeigentum. Da nirgendwo in Kirgistan das Land so rar und wertvoll ist wie in der dicht besiedelten Hochebene des Ferghanatals, sind Konflikte um Wasser und Boden an der Tagesordnung.

Nach Scheidung zuerst Land verloren

«74 Prozent unserer Klienten wurden von zufriedenen Klienten empfohlen. Die Bauern sind froh, eine Anlaufstelle zu haben, wo sie Recht bekommen», erklärt Janargul Isakbaeva, die als Rechtsanwältin im LARC von Aravan arbeitet. Sie hat drei Zielgruppen im Auge: Bauern, Entscheidungsträger und Anwälte. Stolz berichtet sie von ihren in nur acht Monaten betreuten 500

eine kleine Rente und besitze etwas Land. Die 26-jährige Tochter, die mit ihrem Kind wieder bei ihm wohne, habe sich vor zwei Jahren scheiden lassen und dabei ihren Landanteil (0.08 Hektare) nicht zurückerhalten, erklärt er seinen Rechtsfall. «Ihr Land blieb beim Ex-Mann. Sie wollte ihr Stück Land aber nicht hergeben oder verkaufen. Sie ist arbeitslos und wollte es selbst bearbeiten.» Auch hier führte die Intervention des LARC zum Erfolg. Janargul Isakbaeva klärte die Rechte der Frau ab und verhandelte mit dem Ex-Mann. Schliesslich trat dieser den Landanteil ab. «Ein Spezialist vom GOS-Register (Vermesser vom Grundbuchamt) kam aufs Feld, machte die Grenzziehung, und der Teil meiner Tochter wurde ins Grundbuch eingetragen. Jetzt hat sie sogar ein Dokument dafür», erklärt Tadschibaj Dschorjew. ■

** Claudia Kock Marti arbeitet als Redaktorin der «Südostschweiz» und Regionaldelegierte des Dialog Nord-Süd im Kanton Glarus.*

Akkurat, konsistent und unparteiisch

Bei der Privatisierung des früheren Staatslandes wurden viele Fehler gemacht, beschreibt Projektleiter Lamar Cravens die Ausgangssituation. Mal wurde Land ohne Wasserzugang vergeben, ein andermal gab es überlappende Landtitel und in anderen Fällen bekamen Leute nichts, obwohl sie eindeutig berechtigt waren. Klienten, die nicht das bekommen, was sie sollten oder wollten, machten bislang einen Fünftel der Fälle des Rechtsdienstes aus. Zunehmend wichtig wird der rechtliche Status von Bauernvereinigungen. LARC ist sowohl ein Landreform- als auch ein Good-Governance-Projekt: die Landbevölkerung soll eine qualitativ gute und objektive Rechtsunterstützung erhalten, während das Recht in den Händen von Entscheidungsträgern und Rechtsanwälten akkurat, konsistent und unparteiisch Anwendung finden soll, schreibt LARC über sich.

Verbunden statt isoliert

Das Himalaya-Königreich Nepal ist das ärmste Land im südlichen Asien. Ein Grossteil seiner Bevölkerung lebt isoliert im schwer zugänglichen, bergigen Hinterland. Damit sich ihr Zugang zu Märkten, Bildung und Gesundheitszentren, Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten verbessert, unterstützt die DEZA den Bau von Lokalstrassen.

Anstellungsbedingungen

Das nepalesische «District Road Support Programme» (DRSP) besteht seit 1997. In einer ersten Etappe wurden bis im Sommer 2002 170 Kilometer Lokalstrassen gebaut. In einer zweiten Etappe sollen bis 2006 weitere 300 Kilometer dazu kommen. Für diese beträgt das Budget 9,5 Millionen Franken, von denen 2,3 Millionen von Nepals Zentralregierung übernommen werden. Für die Bauarbeiten muss obligatorisch die ärmere Bevölkerungsschicht berücksichtigt werden. Mindestens 30 Prozent der Arbeiter müssen weiblich sein und für Frauen und Männer gelten gleiche Anstellungsbedingungen.

Konfliktminderung

Nepals jüngste Vergangenheit ist geprägt durch politische Instabilität und zunehmende Aktivitäten der maoistischen Rebellenbewegung. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wird die Projektarbeit aber relativ wenig beeinträchtigt. Das DEZA-Programm und nicht zuletzt das DRSP wollen mit den vorhandenen Mitteln einen Beitrag an die Konfliktminderung leisten. Soziale Spannungen können mit aktiver Basisarbeit und den mit Infrastrukturprojekten verbundenen Angeboten an Arbeit und Einkommen abgebaut werden.



Max Lehmann / DEZA Bern

(bf) Macht sich Sangeeta Shrestha von Nepals Hauptstadt Kathmandu aus auf den Weg zu ihrer Arbeit, packt sie ihr Gepäck meist für mehrere Tage. Die «Kundschaft» der studierten Politologin und Sozialarbeiterin befindet sich nämlich dort, wo der Grossteil von Nepals Bevölkerung lebt: In oft nur durch Fusswege und Fussgängerhängebrücken zugänglichen Talschaften in Nepals gebirgigem Hinterland. Dort wächst Nepals Bevölkerung am stärksten, ist Nepals Armut am grössten. Weil entsprechende Transportwege fehlen, haben die Menschen keinen oder oft nur sehr erschwerten Zugang zu Märkten, Bildung und Gesundheitszentren, zuverlässigen Transport- und Kommunikationseinrichtungen und Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. Dementsprechend hinken auch die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse hinten nach.

Gefragte Eigeninitiative

Die 41jährige Sangeeta Shrestha arbeitet für das von der DEZA mitgegründete und -finanzierte Unterstützungsprogramm für Lokalstrassen (District Roads Support Programme DRSP). Sie ist nicht nur unterwegs, um die Lokalbevölkerung für

den Bau der Lokalstrassen zu begeistern, sondern auch, um sie direkt in den Bau miteinzubeziehen und für die sozialen Auswirkungen in den Gemeinden zu sensibilisieren. «Das reicht vom Aufbau lokaler Institutionen über die Gleichberechtigung von Frauen, Männern und Kindern, den Unterhalt der Strassen bis zur Aids-Aufklärung», sagt Sangeeta Shrestha. Für die DEZA war von Anfang an äusserst wichtig, dass das Projekt stark auf die Bedürfnisse der Lokalbevölkerung abgestimmt ist. «Die limitierten Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo die Bevölkerung am meisten Eigeninitiative ergreift», sagt Werner Wirz, DEZA-Verantwortlicher für den Transportsektor in Nepal.

Für Sangeeta Shrestha, die seit Jahren für DRSP arbeitet, sind erste Auswirkungen bereits sichtbar: «Neben der erfreulichen Gemeindeentwicklung hat sich nicht nur die Alphabetisierung, insbesondere der Mädchen, stark verbessert, sondern auch die Position der Frauen in der Gesellschaft – vor allem durch den starken Miteinbezug in den Strassenbau.» ■

Neue Personalchefin

(bf) Seit 1. Februar ist Sybille Suter Tejada die neue Leiterin der Abteilung Personal und gleichzeitig neues Mitglied der DEZA-Direktion. Die studierte Juristin trat 1991 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Sektionschefin in den DEZA-Rechtsdienst ein. Vorher arbeitete sie beim Beschwerdedienst im Eidgenössischen Justizdepartement als wissenschaftliche Mitarbeiterin und als Assistentin am Seminar für öffentliches Recht der Uni Bern. Die Karriere in der DEZA führte die 45jährige Mutter zweier Kinder für vier Jahre als stellvertretende Koordinatorin ins Koordinationsbüro nach Lima. Zurück in der Schweiz war sie Programmbeauftragte und stellvertretende Sektionschefin in der Lateinamerika-Sektion. Vor zwei Jahren übernahm sie darüber hinaus die

Projektleitung für die Erarbeitung einer neuen DEZA-Personalstrategie und deren anschliessende Umsetzung. Hier sieht die neue Personalchefin denn auch einen ersten Schwerpunkt: «Mir geht es darum, die Instrumente der strategischen Personalplanung und Personalentwicklung umzusetzen, damit die richtigen Leute zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind.»

Wasserwoche

(ll) Seit Jahren findet im August die Weltwasserwoche in Stockholm statt. Sie wird durch das Stockholm International Water Institute organisiert und dauert vom 10. bis 16. August. Das diesjährige Thema ist «Drainage Basin Security - Balancing Production, Trade and Water Use», zu Deutsch: Sicherheit in den Flusseinzugsgebieten - das Gleichgewicht zwischen Produktion, Handel

und Wassernutzung. Verschiedene Workshops befassen sich mit spezifischen Themen zur nachhaltigen Wassernutzung. Die DEZA beteiligt sich regelmässig an der Weltwasserwoche. Einerseits gibt sie Gelegenheit für eine vertiefte Einführung und Diskussion von zentralen Themen im Wasserbereich, andererseits ermöglicht sie einen Erfahrungsaustausch mit Fachspezialisten aus der ganzen Welt. Details zur Weltwasserwoche unter www.siwvi.org.

Wasserpartnerschaft

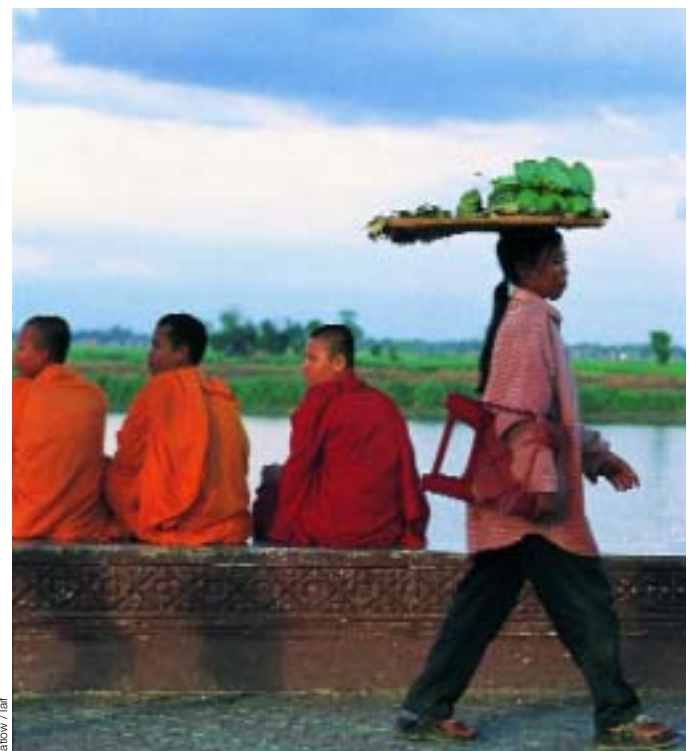
(ll) Anlässlich der Weltwasserwoche wird vom 14. bis 16. August auch die «Globale Wasserpartnerschaft» (GWP) ihr achtetes Partnertreffen abhalten. Die GWP fördert den Austausch von Wissen und die Erfahrungsaufbereitung im Bereich der integrierten Nutzung der Wasserressourcen (IWRM - Integrated

Water Resource Management). Spätestens seit Anfang der Neunzigerjahre ist man sich der bevorstehenden Wasserknappheit bewusst: Die verfügbaren Wasserressourcen nehmen durch chemische und organische Verunreinigung ab - die Weltbevölkerung nimmt stetig zu. Der IWRM-Ansatz entspricht der DEZA-Strategie im Wasserbereich. Dabei müssen die verschiedenen Nutzungsarten (Wasser für die Bevölkerung, für die Lebensmittelproduktion, für die Umwelt und Ökosysteme) berücksichtigt und in der Planung und Durchführung von Programmen und Projekten integriert werden. Die DEZA ist Gründungsmitglied der GWP, beteiligt sich finanziell am Programm und wird auch am Partnertreffen anwesend sein. Zusätzliche Informationen unter www.gwpforum.org.

Was eigentlich ist.... Globale menschliche Sicherheit?

(abb) Anfangs der Neunzigerjahre hat man begonnen, im Zusammenhang mit Sicherheit nicht mehr nur von der Sicherheit von Staaten zu sprechen, sondern dehnte den Sicherheitsbegriff auf das Individuum aus mit dem Begriff «Global human security». Man unterscheidet jetzt zwischen einer engen Auslegung der menschlichen Sicherheit, welche sich auf Gewaltauspekte fokussiert (freedom from fear) und einem breiteren Sicherheitsverständnis, welches die menschliche Entwicklung einbezieht (freedom from want). Insbesondere UNO-Generalsekretär Kofi Annan ist der Wortführer dieses neuen Sicherheitsbegriffs. Er umschreibt ihn mit «leben ohne Angst, ohne Mangel und im Einklang mit den Bedürfnissen künftiger Generationen». Im Zentrum stehen die Würde und das materielle Wohlergehen des Menschen mit Lebenserwartung, Gesundheit, Rechtssicherheit und Gewaltfreiheit, Zugang zu Bildung und Ressourcen.

Die Armutsbekämpfung und die Linderung von Not - die Kerngeschäfte der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe - sind in diesem Sinn sicherheitspolitisch relevante Aufgaben, da sie zur Verbesserung der Sicherheit der Menschen in den Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit beitragen. Bereits der ehemalige deutsche Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt stellte fest: «Entwicklungspolitik ist die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts.»



Was bringt das Infomeer



Will Mali als eines der ärmsten Länder der Welt mit den Industrieländern in der Informationstechnologie mithalten, muss es viel aufholen. Aber braucht es das überhaupt - und wozu? Ein Blick und Lagebericht über den digitalen Graben. Von Claudio Zemp*.

Das «Hôpital du Luxembourg» liegt im Quartier Hamdallaye im Osten der Hauptstadt Bamako. Man erreicht es über die üblichen holprigen und staubigen Quartierwege. Die Taxifahrt ist noch etwas ruppiger als sonst, weil soeben die ganze Unterseite des Armaturenbretts des 30jährigen Renault 12 heruntergefallen ist und das Gas seitdem nur noch sporadisch reagiert. Der Chauffeur nimmt es gelassen und umkurvt geschickt Gruppen von Schulkindern und freilaufenden Schafen sowie die zahlreichen Löcher und Abfallhaufen im Weg. Durch das Eisentor, am dösenden Torwächter vorbei, gelangt man in den Hof und befindet sich bereits halb im Spital. Keine Türen, kein Spital-

geruch. Gleich um die Ecke der grün gestrichenen Wand trennt einen nur ein Vorhang vom Operationssaal. Auf einer Bank davor warten besorgt drei Frauen und ein Mann in farbigen, langen Kleidern. Gegenüber betet ein Mann mit Turban auf seinem Teppich. Im Gang steht verlassen ein alter Rollstuhl.

Virtuelle Lektionen

Nichts deutet darauf hin, dass sich hier das technische Herz des Telemedizinprojekts «keneya blown» befindet. Und doch: In einem gekühlten Kämmerchen hinter weissen Vorhängen blinken die Lämpchen der High Tech-Computer-Server. Da-

den Maliern?

neben leuchten die Augen des jungen Arztes Cheick Oumar Bagayoko, der seine Geräte vorstellt: eine Digitalkamera, eine Dokumentenkamera und ein Computer mit schwarzem Flachbildschirm, auf dem die Homepage www.keneya.org.ml flimmert. Die Internetseite ist ein virtueller Vorlesungssaal, der auch Fernkonsultationen ermöglicht. So konnte sich die kleine Fanta aus Bamako ihren Wasserkopf von einem Neurochirurgen aus Genf untersuchen lassen. Einmal pro Monat findet ein Fernkurs für Medizinstudenten statt.

Abwechslungsweise dozieren Experten aus Mali und Genf. Der digitale Austausch kommt auch den Schweizer Studenten zu Gute: Via Internet bekommen sie Krankheitsbilder zu Gesicht, die bei ihnen längst verschwunden sind.

«Die Telemedizin ist die Medizin der Armen», schwärmt der stellvertretende Exekutivkoordinator Cheik Oumar Bagayoko und spricht vom Ziel, das immense Wissen dieses Gesundheitslexikons für alle Spitäler, Krankenzentren und Apotheken Malis zu öffnen. Es bräuchte dazu nur eine Internetverbindung. «Und die Gesundheitskosten würden sinken», fügt Bagayoko an, der wie alle Mitarbeiter des Projekts unbezahlt arbeitet.

Mangel und Überfluss

«Telemedizin?». Der sarkastische Unterton in der Stimme von Aminata Traoré ist unüberhörbar. Die ehemalige Kulturministerin Malis empfängt mich in ihrem Gäste- und Kunsthaus Djenné in Bamako. «Wie viele Medizinstudenten haben weder Stipendien, noch Bücher, noch Arbeitsmittel? Wie viele Kranke haben Zugang zu einer simplen medizinischen Versorgung und den nötigsten Medikamenten?»

Die Informationstechnologie ist eines der Lieblingsthemen der energischen Globalisierungskritikerin: Internet für alle? «Die Malier haben mit weitaus dringenderen Problemen zu kämpfen», findet Aminata Traoré. Sie ziehe dem Internet einfache Lösungen vor, mit denen auch die nicht alphabetisierte Mehrheit der Bevölkerung umgehen könne. Zwar schätzt auch die vielreisende und



Toni Linder / DEZA Bern

oft befragte Autorin die Möglichkeiten von E-Mail und mobilem Telefon. Doch Traoré wehrt sich gegen die grossen Versprechen, mit welchen diese Instrumente als Zauberwasser gegen die Armut angepriesen werden. Und während die Gewinne aus den verkauften Geräten und Dienstleistungen in den Norden fliessen würden, hätte Mali nur zu verlieren – auch einen Teil der Identität und Unabhängigkeit, ist sie überzeugt.

Dem UNO-Weltgipfel über die Informationsgesellschaft vom Dezember 2003 in Genf blickt Aminata Traoré mit grosser Skepsis entgegen: «Angesichts von Aids, Analphabetismus und Hunger in unseren Ländern, kann man sich fragen, ob dieser Gipfel wirklich eine Priorität darstellt.» Zeichen des Fortschritts wie Auto, Radio und Strom hätten schliesslich auch ohne Gipfel ihren Weg gemacht. Doch nun werde künstlich eine Nachfrage nach Computern geschaffen.

Steinige Wege

Benjamin Poudiougou kümmert es wenig, woher sein Bedürfnis kommt: Er wünscht sich sehnlichst ein Handy. Der Rechtsstudent verdient sich sein Leben als Touristenführer in seinem Heimatdorf Sangha im Dogonland. Dort steht auf dem Dorfplatz eine Antenne mit Telefonhütte. Es ist das einzige Telefon für 52 Dörfer und über 20 000 Einwohner. Die grosse Mehrheit der Dogons kann damit gut leben. Mit oder ohne Telefon muss ihr Abschnitt des Zwiebelfeldes täglich vom Brunnen her von Hand bewässert werden. Und die Frauen sind es gewohnt, mit einem Topf voll Hirsebier auf dem Kopf drei Stunden lang über steile Felswege zum Markt zu marschieren.

Für Benjamin Poudiougou und seine Kollegen liegt



Irene Bärner



Rhodi Jones / Panor Pictures

Nord-Süd-Gefälle

Der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien ist zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sehr ungleich verteilt. Ein Graben, der durch das Internet noch verschärft wurde. Im Jahr 2001 nutzten weltweit 513 Millionen Menschen das Internet (8,3% der Weltbevölkerung). Zwei Drittel davon lebten in Nordamerika und Westeuropa, ein Viertel in Australien, Ost- und Südostasien. Weit abgeschlagen folgten Lateinamerika (5,2%) und Afrika (1%). In Nordamerika nutzten 59,1% der Bevölkerung das Internet, in Westeuropa 30,5%, in Osteuropa 4,7% und in Afrika 0,6%.

Websites

www.keneya.org.ml
Alles über das Telemedizinprojekt Keneya in Mali

www.geneva2003.org
Das aktuellste über den Uno-Weltgipfel im Dezember 2003

die Sache etwas anders. Während der Öffnungszeiten der Kabine (nachts, mittags und an Wochenenden ist der Kabinenwart nicht da), stehen die Führer Schlange, um mit Kunden, Reisebüros und Hotels Kontakte zu knüpfen. Selber sind die Bewohner von Sangha telefonisch schlecht erreichbar. Einmal durchkommen reicht nicht. Die gewünschte Person sollte auch noch in Reichweite sein – und die Leitung dann immer noch frei.

E-mailen und Hirse stampfen

Ein Handy würde Benjamin Poudiougo das Leben also erleichtern, ganz abgesehen davon, dass er sich keines leisten kann. Ausserdem sind seit langem alle Handynummern Malis vergeben. Viele warten in Bamako seit Monaten auf den zweiten Anbieter, dessen Markttankunft sich immer wieder verzögert. Die Tochterfirma von France Télécom hat gemäss Gerüchten Schwierigkeiten mit dem Aufbau ihres Netzes. Mit der teuer erstandenen Konzession ist die Auflage verbunden, innert einem Jahr die fünf grössten Agglomerationen Malis abzudecken.



Betty Press / Panor Pictures

Auch Timbuktu, die einst für Europäer unerreichbare Wüstenstadt im Norden Malis, ist seit 2001 mit dem weltweiten Netz verknüpft. Das Téléc-centre Communautaire Polyvalent (TCP) befindet sich an der einzigen geteerten Strasse der Stadt. Obwohl diese zum Flughafen und zum Hafen führt, verkehren hier mehr Kamele und schwer beladene Esel als Autos. Gleich vis-à-vis des Einganges stampft eine Frau in ihrem Mörser Hirse – zwischen den nackten Mauern eines nie zu Ende gebauten Hauses.

Für die Touristen in Timbuktu ist das TCP einfach ein Internet-Café, wie es sie in Bamako mittlerweile zu Dutzenden gibt. Allenfalls auch eine Oase der Erholung vor bettelnden Kindern, aufdringlichen Schmuckverkäufern und der Wüstenhitze. Im TCP werden aber auch Informatikkurse für Einheimische angeboten, und alle 14 Tage wird hier ein kleines, farbiges Info-Magazin produziert. Weil sonst kaum Zeitungen bis nach Timbuktu gelangen.

Die jungen Malier, die es sich leisten können, nutzen das Internet nicht nur fürs Geschäftliche. Beliebt sind auch Flirtseiten wie www.amour.fr. Ein teurer Spass: Eine Stunde baden im Infomeer kostet 1000 Francs CFA (etwa SFr 2.50). Mit diesem Geld lebt die Mehrheit der Malier ein paar Tage lang. Und gleich viel kostet ein Arztbesuch im lokalen Gesundheitszentrum. ■

**Claudio Zemp ist Journalist und arbeitete zwei Monate in Mali bei der Zeitung «l'Essor».*

Eine zutiefst beunruhigende Idee

Vor einigen Wochen erklärte Rajnikant, ein in Südindien sehr beliebter Schauspieler, er zahle zehn Millionen Rupien an ein Entwicklungsprojekt für mehrere Flüsse, das insgesamt 6000 Milliarden Rupien (171 Milliarden Franken) kostet und zur Zeit im Parlament vorgestellt wird. Er erhielt dafür unbesonnenen Applaus, was deutlich den schamlosen Populismus und die politische Kurzsichtigkeit der meisten Entwicklungsprojekte in Indien zeigt.

In Indien ist Wasser Mangelware. Jedes Jahr begehen Bauern deswegen Selbstmord, brechen Unruhen aus, werden Wahlen gewonnen oder verloren. So kämpft Rajnikants Heimatstaat Tamil Nadu seit drei Jahrzehnten mit seinem von Dürre heimgesuchten Nachbarn um das Wasser des Flusses Cauvery. Die Staaten Madhya Pradesh und Gujarat führen einen permanenten Streit um das Wasser des Narmada. Erleichterung für den einen bedeutet unweigerlich eine Katastrophe für den andern. Das ist so dramatisch, dass der international anerkannte Filmregisseur Shekhar Kapur in seinem nächsten Film «Pani» (Wasser auf Hindi) eine apokalyptische Zukunft zeigt, in der grosse Kämpfe um Wasser geführt werden. Das Flussprojekt gilt als Geniestreich, der eine gerechte Wasser-

verteilung für die über eine Milliarde Menschen im Land bringt. In Wahrheit ist es eine zutiefst beunruhigende, destruktive Idee ohnegleichen in der Geschichte. Zehn Flüsse in 25 Staaten sollen mit Kanälen in einer Länge von insgesamt 40 000 Kilometern miteinander verbunden werden! Das Projekt verursacht nicht nur astronomisch hohe Kosten und wird politische Streitereien auslösen, es wird auch die eisigen Flüsse aus dem Himalaja mit den Flüssen der flachen Halbinseln verbinden, die Geografie des Landes sowie die ganze Hydroökologie verändern und Landwirtschaftsland überfluten. Die Katastrophe ist programmiert, sie wird jeder Fantasie spotten. Entwicklung ist in Indien immer ein seltsam mehrschneidiges Wort. In einem riesigen Land mit fast unüberwindbaren Gegensätzen verändern sich ihre Auswirkungen und ihre Bedeutung mit jeder Meile. Mahatma Gandhi mit seinem untrüglichen Gespür für das Funktionieren des Landes verstand als erster, dass Entwicklung von unten nach oben geschehen muss, lokal sein muss, um erfolgreich zu sein.

Nur glauben das die amtlichen Planer in Indien nicht. Obwohl grosse Ideen keinen Erfolg hatten – grosse Dämme und Kanalsysteme führten zu Versumpfung,

Versalzung und massiven Umsiedlungen – wollen sie noch grösser weiter machen: Mit einem einheitlichen nationalen Plan. Die eigentliche Arbeit wird anderswo geleistet. Vor zwei Jahren wurde Rajender Singh, einer der ersten Aktivisten für Wassernutzung, mit dem Magsaysay-Preis ausgezeichnet. Er hatte mit einigen Arbeitern in nur 15 Jahren 6500 Quadratkilometer unfruchtbares, von Dürren bedrohtes Land im Staat Rajasthan in dauerhaft grüne Felder umgewandelt, indem er verschiedene traditionelle Strukturen zum Wassersammeln wie Tanks, Verbindungskanäle, Teiche, Brunnen und lokale Bäume einsetzte. Er ist nicht der einzige: Am bekanntesten ist die Aktivistin Anna Hazare in Madhya Pradesh, welche eine Volksbewegung auslöste, die den Schutz des Wassers durch traditionelle Methoden sicherstellt. Keine dieser Initiativen wird von der Regierung unterstützt oder finanziert. Die wirkliche Entwicklungsherausforderung besteht also darin, das offizielle Indien zu einem Fantasiensprung anzuregen – weg vom unmöglichen, 6000 Milliarden Rupien teuren Plan, hin zu wirksamem, kleinräumigem, lokalem Vorgehen. ■

(Aus dem Englischen)



Shoma Chaudhury, 31, lebt in Neu-Delhi und ist Literaturkritikerin für ein indisches Online-Magazin. Zuvor drehte sie Dokumentarfilme für eine Fernsehstation und arbeitete als Reporterin u.a. für Outlook und India Today, zwei der renommiertesten Zeitungen Indiens.



Peter Bialdzinski / huf



Ich bin, weil du bist

Sind die einen überzeugt, Kultur habe keinen grossen Einfluss auf die Entwicklung eines Landes, finden andere, dass Kultur im Gegenteil gar als Motor wirken kann. Ein Essay über eine faszinierende Wechselwirkung, gezeigt am Beispiel Afrika. Von Anita Theorell*.

Wenn ein Baumstamm stirbt, sterben auch die Äste, sagt ein altes Sprichwort aus dem südlich der Sahara gelegenen Afrika. Das Überleben der Äste, Blätter und Früchte hängt von der Kommunikation zwischen Stamm, Wurzeln und Nährstoffen aus der Erde ab. Ein hohler Baum gibt keine Früchte. Eine reiche und pluralistische Kultur ist ein Eckpfeiler beim Aufbau einer lebendigen Gesellschaft. Kultur ist der Nährboden für die Gesellschaft und die Basis für ihr

Wertesystem, ihre Traditionen und ihr Verhalten. Sie enthält die Moral und die Ethik der Gemeinschaft, lenkt die Zukunftsvorstellungen der Gesellschaft und wählt die Mittel zu deren Erreichen. Wir Menschen gestalten unsere Kultur und werden unsererseits von den herrschenden kulturellen Regeln geformt. Für unsere Fantasie und unsere Träume brauchen wir Kunst, Literatur, Musik, Film und Theater. Das gilt für Menschen in der ganzen Welt, aus allen sozia-

len Klassen, jeden Alters, Frauen wie Männer. Was nicht erträumt wird, kann nicht realisiert werden. Das Wort Ubuntu, das in verschiedenen Formen in Bantusprachen vorkommt, enthält die Vorstellung «ich bin, weil du bist», «meine Identität hängt mit deiner Identität zusammen». Wenn wir eine schlechte Vorstellung unserer eigenen Identität haben, können wir kaum mit anderen eine Beziehung aufbauen. Das hat Auswirkungen auf die Konfliktlösung und

die Respektierung der Menschenrechte wie auch auf die Lösung unserer Alltagsprobleme. Selbstachtung, Identität und Würde sind wichtige Sprungbretter für eine Kultur der Toleranz und des Verständnisses. In Tansania drohten ethnische Probleme in den frühen Neunzigerjahren Unruhe in eine friedliche Nation zu bringen. Um dies zu verhindern, führt das Village Museum in Dar es Salaam seit 1990 «ethnische Tage» durch. Ethnische Gruppen

(in Tansania gibt es mehr als 120) präsentieren einzelne Aspekte ihrer Kultur – Architektur, Handwerk, Küche, Tanz und Musik, traditionelle Medizin usw. Diese Tage lösten Stolz, Neugier, Verständnis und Sichtbarkeit aus. Und Menschen aus städtischen und ländlichen Gebieten kamen sich näher.

Kultur als Werkzeug

Mutige Menschen aus Musik, Schauspiel, Literatur und Kunst führen den Kampf um Freiheit und gegen das Übel in der Gesellschaft an. Sie geben den Stummen eine Stimme und bringen ihr Publikum dazu, Möglichkeiten für Veränderungen zu sehen, indem sie die Mächtigen entlarven. Sie regen zum Denken an,

durfte, können in einem Theaterstück, einem Lied oder einem Tanz gut ausgedrückt werden. Das gemeinsame Ziel ist es, die Gemeinschaften aus der Gleichgültigkeit gegenüber lebenswichtigen Fragen zu reissen, Lösungen oder Mittel für Veränderungen zu finden. Eine ganze Reihe von Themen kommen zur Sprache: Gewalt gegen Frauen, Jugendkriminalität, Drogen, HIV, Umweltverschmutzung und Gerechtigkeit.

Eine der Initiativen des Market Theatre Lab, einer Theaterschule in Johannesburg, ist ein Programm für Townships, Squatter camps, Spitäler und Schulen. Es vermittelt Botschaften über die grösste Gefahr im Land,

durch Lehrer und ältere Knaben Einhalt zu gebieten, von den Lehrern respektiert zu werden und einen besseren Unterricht zu erhalten. Indem sie ihre Stimme erhoben und angehört wurden, konnten sie ihre Selbstachtung und ihre Schulleistungen verbessern.

Kultur und wirtschaftliche Entwicklung

Die Kultur kann in vielerlei Weise indirekt zur Milderung der Armut beitragen, indem sie das Bewusstsein der Menschen verbessert, so dass diese sich emanzipieren und ihre Lebensbedingungen verändern können. Ein direkter Beitrag ist das Erzeugen von Einkommen, in kleinem Rahmen ebenso wie in der Kulturindustrie. Verlagswesen,

schaffenden die Möglichkeiten zum Geldverdienen in der Kunst sehen. Ihr Hauptziel ist es aber, mit dem Tanz wichtige Botschaften zu verbreiten.

Sie bereisen mit ihrer Show «Water, a drop of life» das ganze Land, greifen lokale Probleme auf und gehen mit Schlüsselwörtern in der Lokalsprache darauf ein. Die Abteilung Graphic Design der Escola das Artes Visuais (Schule für visuelle Kunst) in Maputo bietet einen fünfjährigen Kurs an, gefolgt von drei Monaten Praktikum und drei Monaten Prüfungsvorbereitung. Alle Schülerinnen und Schüler finden nach dem Abschluss eine Stelle, und die Firmen rufen nach mehr Studierenden. Das Angebot wurde



Uluturock / laif
Hahn / laif



zeigen Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und Alltagsprobleme auf, und deshalb misstrauen ihnen jene, die an der Macht sind. In den Entwicklungsländern nehmen immer mehr Theatergruppen am Partizipationsprozess teil. Sie reagieren auf die grosse Kluft in der Verteilung von Dienstleistungen und Reichtum zwischen Stadt und Land, den fehlenden Dialog zwischen dem Zentrum und den Randregionen. Tabuthemen, über die bisher nicht geschrieben werden

HIV/Aids: Seine Wurzeln im Missbrauch der Kinder innerhalb der Familie, seine Verbindung mit Jugendprostitution, und schliesslich die Isolation und die Ächtung im Freundeskreis. In einigen Sekundarschulen in Tansania gründeten die Mädchen Tuseme (Clubs), um bessere Bedingungen für sich zu schaffen. Sie identifizierten die Probleme und schufen Dramen, Musik und Kunst, um ihre Ansichten mitzuteilen. Es gelang ihnen, sexuellen Belästigungen

Musikproduktion, Film, Video, Kulturtourismus usw. bringen in vielen Ländern der Welt Geld ein. Damit Institutionen und Schulen mehr berufliches Wissen vermitteln können, müssen sie gestärkt werden. Milohro ist eine professionelle Tanzgruppe in Maputo, die mehr anstrebt als Tanzen. Gerechtigkeit und Demokratie sind wesentlich für sie. Sie verdient mit Auftritten in grossen Hotels Geld und ebnet den Weg, damit die Gesellschaft und die Kunst-

nun um Website-Design und Trickfilme erweitert. ■

** Anita Theorell lebt in Stockholm und arbeitet als Beraterin für Kultur als Teil der Entwicklung, sowohl in der Politik wie in der Praxis. Sie ist auf Afrika spezialisiert, das sie viele Jahre als Leiterin für Kultur und Medien bei Sida (Schwedische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit) bereiste.*

Afrika am Genfersee

Am Paléo-Festival entsteht in Zusammenarbeit mit der DEZA typisch afrikanisches Quartierleben mit Marktständen, Geschichtenerzählern und Afro-Disko. Von Beni Güntert*.

Jedes Quartier in irgendeiner Stadt in Afrika hat ein eigenes Zentrum. In der Morgenfrische ziehen Grüppchen uniformierter Kinder in Richtung Schule. Kinder, deren Familien sich diese nicht leisten können, treiben Mutters Kleinvieh auf die Allmend. Dies oft mitten im Qualm des Stadtverkehrs. Ab neun Uhr morgens wird das Zentrum zur Kantine, wo die Leute ihre erste kräftige

Nachmittags ruhen sich viele im Zentrum aus, nehmen einen Drink, während junge Schönheiten selbstbewusst vorbeiflanieren. Der Abendstossverkehr ist die hohe Zeit der jungen «fliegenden» Händler, die den im Stau Gefangenen Erfrischungen verkaufen. Zieht die Nacht auf, verdrängt die Musik von Kneipen, Musikanten und Diskotheken den Verkehrslärm. Stille ist meist

dem Publikum ein Zelt, wo tagsüber Geschichten erzählt werden, und nachts eine authentische Afro-Disko entsteht. Im Zelt «Dôme» nebenan ertönen Konzerte berühmter und junger Gruppen aus Afrika, darunter Grössen wie die legendäre Bambeya Jazz aus Guinea, das maghrebinische DuOud, Daara J aus Senegal, oder Mabulu aus Mosambik. All dies sind noch mehr gute

Gleichberechtigter Platz

Die Partnerschaft der DEZA mit Paléo ist Teil ihrer Arbeit, welche Kunst und Film aus dem Süden in der Schweiz einen gleichberechtigten Platz



Hahn / laif



Hahn / laif



Mahlzeit bei den Garköchinnen abholen: Die Düfte frittierter Bohnenküchlein mit Yams, geröstete Gemüsebananen mit Erdnüssen, Mais- oder Hirsebrei mit scharfer Palmöl-Sauce, gebratene Süsskartoffeln und Hühnerschenkel verstärken den Hunger beträchtlich. Bald darauf öffnen immer mehr Marktstände. Textilien und Utensilien, Reis, Zwiebeln und Bibeln, Kassetten und Karotten – alles ist zum runter gefeilschten Preis zu haben. In der Bruthitze des

von kurzer Dauer. Diese urbane Atmosphäre (aber ohne Verkehr!) entsteht bald auch in der Schweiz: In Partnerschaft mit der DEZA öffnet das Paléo-Festival ein neues Quartier auf seinem Terrain, das «Village du Monde». Vom 22. bis 27. Juli steht dort Afrika im Zentrum. Der neue Platz wird gesäumt mit Markt- und anderen Ständen und belebt mit kulturellen Spektakeln aus Afrika. Am «Carrefour de la Coopération DDC» öffnet die DEZA

Gründe als sonst, das Paléo zu besuchen. Und obwohl für jeden Tag 33 000 Plätze verfügbar sind, muss man sich um Tickets beeilen (Infos und Vorverkauf: www.paleo.ch). ■

** Beni Güntert ist bei der DEZA für die Förderung der Kulturen des Südens in der Schweiz verantwortlich*

sichern will, und damit ein anderes Verständnis der Kulturen der Entwicklungsländer schafft. In diesem Rahmen besteht auch seit mehreren Jahren die Partnerschaft zwischen der DEZA und Afro-Pfingsten Winterthur (26. Mai bis 11. Juni). Dessen berühmter bunter Markt in der Innenstadt und das afrikanische Konzertprogramm in den Sulzer-Hallen werden heuer ergänzt durch eine Programmschiene «Urban Africa Now», 3. bis 10. Juni, die ein junges Publikum mit junger Musik anspricht. Tickets unter: www.afro-Pfingsten.ch

Internet

Fotoarchiv

(bf) Die Basler Mission besitzt eine einmalige Sammlung von 50 000 Fotografien, datiert zwischen 1860 und 1945. Die Bilder wurden vorwiegend in den damaligen Tätigkeitsgebieten der Mission aufgenommen: Ghana, Togo, Kamerun, Südin-dien, Borneo und Südchina. Damit die fragilen Original-bilder nicht nur einigen Spezia-listen vorbehalten sind, wurden die Bilder nun – dank dem Engagement der Christoph-Merian-Stiftung – mikroverfilmt, inventarisiert, in minutiöser Arbeit beschrieben und, zu-gänglich für alle, im Internet aufgeschaltet. Die Datenbank auf www.bmpix.org enthält neben hervorragend aufgelösten Fotografien auch detaillierte Beschreibungen einzelner Foto-grafien und wird damit zu einem einmaligen, global und frei verfügbaren Kulturgut. Eine wahre Fundgrube für alle, die sich durch Bilderwelten in ferne Welten und Zeiten verführen lassen wollen. www.bmpix.org

Nachhaltigkeit an der Uni

(bf) Was sind die Grundanliegen nachhaltiger Entwicklung? Wie kann eine solche erfolgreich umgesetzt werden, und wie wird der Erfolg gemessen? Die Inter-fakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ) und das Centre for Development and Environment (CDE) der Uni Bern bieten in Zusammen-arbeit mit weiteren Partner-institutionen ein Weiterbildungs-programm an, das eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen und ähnlichen Fragen ermög-licht. Die Veranstaltungen orien-tieren sich am neusten Stand der Forschung und richten sich an Berufsleute mit tertiärem Bil-dungsabschluss. Angesprochen sind Verwaltung und Politik, Berufs- und Branchenverbände sowie Entwicklungs- und

Umweltorganisationen, Planungs-büros und Umweltfachstellen sowie Lehrkräfte an Mittel- und Berufsschulen.

Auskünfte und Anmeldung: IKAÖ, Uni Bern Tél. 031 631 39 51; www.ikaoe.unibe.ch/weiterbildung

Bildungsressourcen im DEZA-Web

(gnt) Auf der Website der DEZA findet man ab sofort eine erwei-terte Palette von Diensten für Lehrpersonen, StudentInnen und SchülerInnen. Auf www.deza.admin.ch/schule finden sich Online-Lehrmittel, interessante Links, diverse Informationen, Adressen von schweizerischen Fachstellen. Damit wird eine Lücke im virtuellen Raum gefüllt, nämlich der Zugang zu Bildungs-ressourcen zur Entwicklungs-politik. Das letzten Herbst total umgestaltete DEZA-Web wird laufend erweitert und aktuali-siert. Ein Besuch gibt stets neue Einblicke in die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Ost-Zusammenarbeit.

www.deza.admin.ch/schule

Transorientale Chansons

Musik

(er) Sapho ist Malerin, Roman-ciere, aber vor allem Sängerin, Poetin und Komponistin. Die Musik der sephardischen Jüdin aus Marokko, die zwischen Marrakesch und Paris pendelt, bleibt unverwechselbar. Sie ist über konventionelle Stilshub-laden erhaben und kennt keine Grenzen zwischen Orient und Okzident, zwischen Tradition und Moderne.



Das zeigt sich auch in Saphos «Orients», die in Bagdad, Nazareth sowie Paris entstanden ist. In diesem behutsam-liebevollen Balance-Akt von Akustik und Elektronik vermählen sich die einschmeichelnd betörenden Stimmen eines orientalischen Klangkörpers von harmonisch und virtuos musizierenden Juden, Muslims und Christen – des «Orchestre de Nazareth» – mit den groovig-treibenden Stimmen des abendländischen Bandteils. Eindrücklich fesselnde Klangspuren finden sich in dicht fliessenden Rhythmusfluten zu «heureux mariages», in denen ein Hauch von weltschmerzhafter Tristesse gepaart mit divan'schem Widerschall, von Flamenco-Glut, Rock-Freiheit, Rap-Attack, von R'n'B-Seele und Reggae-Love spürbar ist.

Sapho: «Orients» (Indépendance records - Virgin/Disques Office)

Transglobale Inselreise

(er) Die lichte Magie des wasser-umschlungenen Eilands hat seit jeher kreatives Denken und Schaffen beflügelt und steckte nun auch das Network-Label-Management an. In deren erfolg-reichen Anthologie-Reihe segelt eine Doppel-CD mit 34 Liedern aus 23 Inseln zum Inselhüpfen mit Fernweh-Potenzial: Zu hören sind sinnliche Balladen von Inseln rund um Afrika, Campesino-Musik, rauchiger Son Montuno, eindringliche Afro-Balladen und Zouk von Karibik-Inseln, berückende Gesänge und Sambasunda-Groove aus der indonesischen Inselwelt, bezaubernde Klänge und faszinierende Lautmalereien von mehreren Südsee-Inseln und last, not least aus Europa kretische Barden-Poesie, sardini-sche und korsische Polyphonie-Harmonie, irische Fiddler-Inbrunst und Dudelsack-Filigran. Mit einem afrikanisch anmutenden Blues von den

Service

Hebriden bei Schottland endet diese Symphonie von Klängen zwischen Meer und Himmel, zu der Stars wie Régis Gizavo, Simentera, Altan oder das Septeto Nacional als auch für Weltmusik-Freaks hörenswerte und zu entdeckende Newcomers einladen.

«Entre mer et ciel - Island Blues»
(Network/Musikvertrieb)

Transmissionale Statements

(er) Subtil-schwebend beginnen sich balkaneske Akkordeonklänge auszubreiten. Sehnsüchtige Klarinettenöne mit Klezmer-Anflug schwingen. Vitale Mehrstimmigkeit setzt ein. Die Mitglieder der in Albanien legendären Musikerdynastie «Family Lela Dé Permet» haben sich eingestimmt, kommentiert durch einen Perkussionisten aus Marokko. Dazu gesellt sich ein Jazztrio aus Deutschland. Endgültig erobert dann eine weich-sinnliche Frauenstimme die Seelen vor dem CD-Player. Sie gehört Eda Zari, 32, graduierte Opernsängerin, Texterin und Komponistin mit einem klaren Bekenntnis zur faszinierenden Ästhetik der jahrhundertealten albanischen Musikkultur, das sich auch im Titel «Statement» ihres zweiten Albums manifestiert. Sie kreierte mit diesen ausdrucksstarken Statements – in Englisch sowie notabene im Einklang mit dem ihr offiziell verliehenen Titel «Kulturbotschafterin Albaniens» in ihrer befremdend schön-melodischen Landessprache!

Eda Zari: «Statement» (Intuition / Phonag)

Landlose Frauen

(dg) In Bangladesch, mitten im Tetulia-Fluss, liegen die Chars, Inseln, die aus Schwemmmaterial entstanden sind, das die grossen Flüsse mit sich führen. Landlose Frauen, die in der Kisani Sabha



organisiert sind, haben 22 dieser Chars besetzt. Sie leben mit ihren Familien unter einfachsten Verhältnissen auf diesen Inseln. Die Frauen erzählen wortgewandt, offen und anschaulich von ihrem Alltag, den besonderen Problemen armer Frauen in Bangladesch und von ihrem erfolgreichen Kampf um ein eigenes Stück Land. Der Film bringt uns mit seiner poetischen Qualität die humorvollen und selbstbewussten Chars-Bewohnerinnen und ihre Heimat gefühlsmässig nahe.

«Kisani Sabha» von Ulrike Schaz, Deutschland 2001, Dokumentarfilm, 60 Minuten (Kurzfassung), ab 16 Jahren; Verleih und Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tel. 031 389 20 21, info@bern.globaleducation.ch; ZOOM, Tel. 01 432 46 60, verleih@zoom.ch; Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, mail@filmeeinewelt.ch, www.filmeeinewelt.ch

Einbahnstrasse Richtung Globalisierung

(bf) Der 1300 Kilometer lange Karakorum Highway (KKH) verbindet Islamabad in Pakistan über den 5000 Meter hohen Khunjerab-Pass mit Kashgar in China. Mit dem Bau dieser neuen Strasse wurde eine bisher nur sehr schwer erreichbare Bergregion mit dem Tiefland in direkte Verbindung gesetzt. Die Filmemacher Gabriela Neuhaus und Angelo Scudeletti zeigen in ihrem ebenso informativen wie nachdenklichen Dokumentarfilm, welche weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen

Veränderungen der KKH konkret für die Menschen entlang dieser zur Lebensader der ganzen Region gewordenen Strasse bewirkt. Nicht nur schaffte sie neue Möglichkeiten – vom Auftauchen von Touristen über billiges Mehl aus dem Tiefland bis zu Internet-Cafés und Geschäftsideen – auch schaffte sie neue Abhängigkeiten. Beispielsweise ist das Prinzip der Selbstversorgung praktisch am Aussterben und die Einheimischen sind von den Nahrungsmitteln aus dem Tiefland abhängig geworden. Doch die Einbahnstrasse Richtung Globalisierung ist nicht mehr aufzuhalten. Sorgfältig und eindrücklich erzählt der Film, was die Menschen daraus machen und welche Hoffnungen und Ängste sie damit verbinden. «Die Karakorum-Strasse: Highway ins 21. Jahrhundert» ist auf Deutsch und Englisch erhältlich und kann über den Bestellcoupon der DEZA-Publikationen in der Mitte des Hefts bestellt werden.

Fair unterwegs

(bf) Der Reiseleitfaden «fair unterwegs in Südafrika und Namibia» ist das Resultat eines Austausches mit Tourismusangebietern, Organisationen, Behörden und Gewerkschaften in Südafrika und Namibia. Anhand von Portraits und Artikeln zeigt Marianna Frei vom Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung die Möglichkeiten und Grenzen des fairen Handels in der Praxis auf und wie Einheimische sich einen bereichernden Austausch mit den Gästen vorstellen. Der Service-Teil beinhaltet eine Fülle innovativer Reiseangebote – eine gute Ergänzung zu anderen Reiseführern.

«fair unterwegs in Südafrika und Namibia» von Marianne Frei, Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Missionsstrasse 21, 4003 Basel Tel. 061 261 47 42



Kinderschicksale

(bf) Der 1927 geborene ivorische Schriftsteller Ahmadou Kourouma wurde bereits mit seinem Erstlingsroman «Les Soleils des indépendances» (1968) zu einer der wichtigsten Stimmen der afrikanischen Literatur. «Allah muss nicht gerecht sein» ist sein jüngstes Werk und handelt von Kindersoldaten in Afrika. Gemäss Schätzungen des UNO-Kinderhilfswerks Unicef sind weltweit rund 500 000 Kindersoldaten im Einsatz, vorab in Afrika, aber auch in Asien und Lateinamerika. Ahmadou Kourouma, der sich seit jeher auch als politischen Autor sieht, hat sich in zahlreichen Gesprächen mit afrikanischen Kindersoldaten – oft mit Hilfe von Dolmetschern und Psychologen – in ihre Welt eingefühlt und beschreibt deren Schicksale eindrucksvoll, unmissverständlich und schnörkellos in ihrer eigenen Sprache. «Allah muss nicht gerecht sein» von Ahmadou Kourouma, Knaus Verlag, München

Kampf um blaues Gold

(bf) Wasser als Machtfaktor gewinnt je länger je mehr an Bedeutung. Die Inderin Vandana Shiva geht in ihrem Buch «Der Kampf um das blaue Gold» den Ursachen, Folgen und Fragen der Wasserverknappung nach. Die herausragende Denkerin greift dabei eine ganze Palette von Themen auf, so zum Beispiel: Wem gehört das Wasser? Klimaveränderungen und Umweltkatastrophen; Macht durch Wasser: Staudämme und

Umsiedlungen; die Rolle der Weltbank und der WTO zum Thema Wasser; Zukunftsvision: die Umwandlung der Wasserknappheit in Überfluss dank einer nachhaltigen Wasserpolitik; Wasser und Religion am Beispiel des heiligen Flusses Ganges.

«Der Kampf um das blaue Gold» von Vandana Shiva, Rotpunktverlag/Helvetas

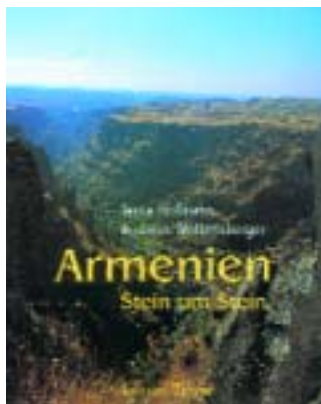
Migration

Schweiz global, das Magazin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), stellt aktuelle Themen der schweizerischen Aussenpolitik vor. Es erscheint viermal jährlich in Deutsch, Französisch und Italienisch. Das Dossier in Nr. 3/2003 von Ende Juni setzt sich mit dem Thema «Migration» auseinander. Wer migriert aus welchen Gründen wohin? Wem nützt Migration? Welche Probleme ergeben sich? Wie sehen die Lösungsansätze aus? Schwerpunkt in der letzten, im April publizierten Ausgabe von Schweiz global ist das Thema Zivilgesellschaft.

Gratisabonnemente über: Schweiz global, c/o Schaer Thun AG, Industriest. 12, 3661 Uetendorf oder via E-Mail: druckzentrum@schaerthun.ch

Steinreiches Land

(bf) Gott soll, so geht die Legende, die Armenier bei der Aufteilung der Erde unter die Völker vergessen haben. Als sie sich bei ihm beschwerten, schüttelte er bedauernd den Sack aus, in dem sich die fette Erde befunden hatte. Nur noch Steine fielen



heraus: Sie wurden zur kargen Heimat der Armenier. «Hajastan» nennen die Armenier ihr Land. Das reimt sich auf «Karastan»: Armenien – das Steinland. Armeniens «Steinreichtum» ist ein Fluch für den Bauern und der Segen seiner Bauleute. Der Fotograf Andreas Wolfensberger und die Neuphilologin und Soziologin Tessa Hofmann vermitteln mit ihrem Buch «Armenien – Stein um Stein» einen Querschnitt durch Geschichte und Gegenwart des kleinen Landes inmitten einer Bergregion.

«Armenien - Stein um Stein» von T. Hofmann und A. Wolfensberger; Edition Temmen, Bremen

Gender und Globalisierung

(jls) Die Liberalisierung der Weltwirtschaft verändert die sozialen Beziehungen zwischen Mann und Frau. Sind diese Auswirkungen für die Frauen der Entwicklungsländer positiv oder negativ? Diese Frage wurde im Januar 2002 an einem vom Genfer Universitätsinstitut für Entwicklungsstudien (IUED) organisierten internationalen Kolloquium diskutiert. Aus den

Debatten ging hervor, dass es keine einheitliche Antwort darauf gibt. Je nach Situation und Epoche werden die einen Opfer der Globalisierung, während andere profitieren. Das IUED hat mit Unterstützung der DEZA ein Buch mit den Reden der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer in der Originalsprache herausgegeben. Auch haben die Überlegungen der Konferenz in einer neuen Nummer der französischsprachigen Sammlung «Cahiers genre et développement» Eingang gefunden.

«Economie mondialisée et identités de genre», textes réunis par Fenneke Reysoo. Kostenlos zu beziehen beim Service des publications des IUED, Tél. 022 906 59 50, Mail: publications@iued.unige.ch. Die Kolloquium-Texte sind auch abrufbar unter: www.unige.ch/iued/new/information/publications/pub_col_preiswerk.html «Genre, mondialisation et pauvreté», dirigé par Christine Verschuur avec Fenneke Reysoo, Cahiers genre et développement n° 3, L'Harmattan, Paris, 2002. Preis: 23 Euro.

Kurzgefasste Botschaft

(jls) Der Bundesrat hat am 20. November 2002 die «Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit» gutgeheissen. Er schlägt dem Parlament vor, einen Programmkredit von 970 Millionen Franken zu sprechen, um über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren neue Einsätze zu

ermöglichen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), das die Massnahmen umsetzen wird, hat eine Kurzfassung der Botschaft veröffentlicht. Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Zusammenarbeit machen 15 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz aus.

Die Kurzfassung ist auf Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich. Sie kann beim seco, Entwicklung und Transition, kostenlos bestellt werden. Tél. 031 322 56 56, Mail: info-et@seco.admin.ch

Eine Investition in die Zukunft

(vuc) Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern im Süden und im Osten schafft die für eine nachhaltige Entwicklung unumgänglichen Voraussetzungen. Sie ist eine Investition in die Zukunft – die DEZA nimmt sie ernst. Die Broschüre «DEZA – Partnerschaften für die Zukunft» beschreibt die Tätigkeiten und Grundsätze der DEZA und erklärt, warum das Engagement der Schweiz mehr denn je gefragt ist.

Zu bestellen bei: DEZA, Medien und Kommunikation, Tél. 031 322 44 12; info@deza.admin.ch oder mit beiliegendem Bestellcoupon. Die Broschüre ist in Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch und Spanisch erhältlich.

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc) Barbara Affolter (abb)

Joachim Ahrens (ahj) Fabrice Fretz (fzf)
Sarah Grosjean (gjs) Barbara Hofmann (hba)
Beat Felber (bf)

Redaktionelle Mitarbeit

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie Mermod SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis erhältlich bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern
Tél. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

88896

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 59000

Umschlag Jörg Böthling / agenda

In der nächsten Nummer:

Der Mekong im Umbruch: Wie Vietnam, Laos und Kambodscha den Transformationsprozess meistern, die Armut bekämpfen, die Schweiz engagiert ist und wie's weiter gehen soll.



Stefan Falke / Iaff